

07/08 2015



Industrie- und Handelskammer
für Essen, Mülheim an der Ruhr,
Oberhausen zu Essen

www.essen.ihk24.de

meo

DAS WIRTSCHAFTSMAGAZIN FÜR MÜLHEIM AN DER RUHR, ESSEN UND OBERHAUSEN

Erfolgreiche MEO-Region

Exporte erneut dynamisch

Jahrespressekonferenz

Stimmung der Wirtschaft steigt wieder

Energieeffizienz von Gebäuden

Positionen von Politik und Wirtschaft

Kein Geld verschenken

Beratung im Fördermittel-Dschungel



ROTTHEGE | WASSERMANN

RECHTSANWÄLTE ▪ WIRTSCHAFTSPRÜFER ▪ STEUERBERATER



Unternehmenstransaktionen und Unternehmensnachfolge: Immer gut beraten.

- Steueroptimale Gestaltung
- Durchführung von Due Diligences
- Erstellung von gerichtsfesten Wertgutachten
- Rechtliche Begleitung

Qualität macht den Unterschied. Und der liegt im Detail.

Wir arbeiten verantwortungsvoll und beständig an den Herausforderungen, die unsere Mandanten an uns stellen. Der genaue Blick ins Detail, der stetige Abgleich mit unseren Erfahrungen und der Wissensaustausch im Team sichern den hohen Qualitätsanspruch, den wir an uns stellen und der von uns erwartet wird. Nur so entsteht eine erfolgreiche Mandantenbetreuung, die von langer Dauer ist.

ROTTHEGE | WASSERMANN ist Ihre Wirtschaftskanzlei mit Spezial-Knowhow bei Immobilien- und Unternehmenstransaktionen.

Ihre Ansprechpartner

Prof. Dr. Bernd Wassermann
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater



Ludwig Bettag
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater



Dr. Boris Heller
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater



Dr. Johannes Kolbeck
Steuerberater
Rechtsanwalt





Gut gemeint

Einer gewissen Ironie entbehrte es dann doch nicht: Als der Bundestag am 12. Juni 2015 das IT-Sicherheitsgesetz verabschiedete, konnte er selbst auf eine wochenlange Cyberattacke zurückblicken. Dabei wollte die Politik mit dem Gesetzentwurf in erster Linie die Unternehmen verpflichten, Hackerangriffe dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu melden. In Anbetracht der Vorkommnisse sollen nun jedoch auch Bundesbehörden bestimmte Sicherheitsanforderungen erfüllen. Immerhin.

Das Ziel ist durchaus gut gemeint: In Zeiten von Industrie 4.0, e-Commerce und Digitalisierung muss das Thema der IT-Sicherheit in der Wirtschaft oben auf der Agenda stehen. Neben einer technischen Antwort ist in den Unternehmen vor allem ein stärkeres Bewusstsein dafür gefragt, welche Rolle Daten heute in Betrieben spielen.

Im Fokus des IT-Sicherheitsgesetzes stehen Betreiber sog. kritischer Infrastrukturen, wie bspw. der Energie- und Wasserversorgung oder der Telekommunikation. Diese müssen dem BSI u. a. Angriffe – anonymisiert – melden. Die Informationen werden ausgewertet und daraus ein Lagebild erstellt, um andere Betriebe zu warnen. Bundesweit werden voraussichtlich rund 2.000 Unternehmen von dieser Regelung betroffen sein. Problem dabei: Noch bleibt

offen, wer genau als Betreiber kritischer Infrastruktur definiert wird und welche Vorfälle gemeldet werden sollen. Dies soll in späteren Verfahrensschritten geregelt werden. Fraglich bleibt auch, ob durch dieses Gesetz tatsächlich die IT-Sicherheit in der Wirtschaft spürbar gesteigert werden kann.

Erheblich breitere Auswirkung dürfte hingegen eine andere Regelung haben: So sollen durch eine Änderung des Telemediengesetzes auch Webseitenbetreiber sicherstellen, dass sie durch regelmäßige Updates ein bestimmtes Sicherheitsniveau erreichen. Also: Unternehmen können in die Verantwortung genommen werden, wenn sich hinter dem Werbebanner auf der eigenen Seite auch noch eine Schadsoftware verbirgt – und nicht die aktuellste Software aufgespielt war. Das wird in der Praxis erhebliche Probleme mit sich bringen. Gerade für kleine Betriebe wird dies einen Aufwand bedeuten, den sie häufig nicht in Eigenregie leisten können.

Die IHK-Organisation hat im Gesetzgebungsverfahren kritisch auf diese Aspekte hingewiesen. Sinnvoll bleibt es aber sicherlich, das Bewusstsein für IT-Sicherheit zu schärfen. Die IHKs werden im Dezember dieses Jahres erneut zum IT-Sicherheitstag NRW einladen. Dort erhalten Unternehmen praxisnahe Tipps, wie sie sich gegen die Angriffe aus dem Netz schützen können. Mit Sicherheit.

Jutta Kruff-Lohrengel
Präsidentin

Dr. Gerald Püchel
Hauptgeschäftsführer

Titelthema

- 6** Exportmotor brummt: NRW trotz Krisen
MEO-Region erneut mit überdurchschnittlicher Exportquote



Foto: Kara - Fotolia.com



Foto: privat

- 16** Uns gab's schon 1575
Hirschapotheke in Essen-Werden

3 Editorial

5 Impressum

Titelthema

- 6** Exportmotor brummt:
NRW trotz Krisen
MEO-Region erneut mit überdurchschnittlicher Exportquote

Serie zum IHK-Jubiläum

- 16** Uns gab's schon ...
1575: Hirschapotheke in
Essen-Werden

18 Region

Menschen und Orte

- 24** Firma Kröber
Gute Laune im Doppelpack

Praxis

- 26** Verbraucherpreisindizes
- 30** Angebote für
Existenzgründer und
Jungunternehmer
- 31** Existenzgründer- und
Nachfolgebörse

32 Neues aus Berlin und Brüssel

33 IHK aktuell

Thema

- 34** Jahrespressekonferenz
Wirtschaftsregion MEO wieder im Aufschwung
- 38** Milliardenumsatz und
Arbeitsplätze fürs Revier
Wirtschaftsfaktor Wissenschaft

- 38** Milliardenumsatz und
Arbeitsplätze im Revier
**Wirtschaftsfaktor
Wissenschaft**



Foto: WavebreakMediaMicro - Fotolia.com



47 IHK startet Verkehrswettbewerb Staufuchs – Schlaue Ideen für schnellere Wege!

40 Vorstellungen der Politik –
Positionen der Wirtschaft
Energieeffizienz von Gebäuden

42 Alles was Recht ist
**Unternehmerische Selbstständigkeit
von Ausländern**

44 Verkehrskongress der IHK NRW
**Verkehrswegeplan weckt große
Hoffnungen**

47 IHK startet Verkehrswettbewerb
**Staufuchs – Schlaue Ideen für
schnellere Wege!**

Verlagssonderveröffentlichung Finanzen, Versicherung, Recht

48 Kein Geld verschenken
**Gut beraten im
Fördermittel-Dschungel**

50 Studie zur Unternehmensfinanzierung
**Factoring als Ergänzung
zum Bankkredit**

51 Infos für Unternehmen und Schüler
Jobben – aber richtig!

52 Der richtige Schutz für Unternehmen
Auf der sicheren Seite

Verlagssonderveröffentlichung Werbetechnik & Eventservice

54 Was Eventagenturen leisten
Feiern für Fortgeschrittene

57 Personalien

58 Kultur



IHK
Ruhr
Industrie- und Handelskammer
für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen
zu Essen

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer für Essen,
Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen,
45117 Essen

Haus- und Lieferanschrift

Am Waldthausenpark 2 • 45127 Essen
Fon 0201 1892-0 • Fax 0201 1892-173
www.essen.ihk24.de
E-Mail: ihkessen@ihk.de

Redaktion

Dr. jur. Gerald Püchel (verant.)
Dipl.-Des. Gabriele Pelz
Fon 0201 1892-214
Anja Matthies M.A.
E-Mail: meo@essen.ihk.de

Verlag, Gestaltung und Druck

commedia GmbH • Olbrichstraße 2
45138 Essen • Fon 0201 879 57-0

Anzeigenservice

Aschendorff Verlag GmbH & Co.KG
Media Sales
An der Hansalinie 1 • 48163 Münster
Anzeigen: Herbert Eick (verant.)
Anzeigenberatung und -verkauf:
Fon 0251 690-4794
Fax 0251 690 804 801
E-Mail: zeitschriften@aschendorff.de

Bezugspreis

2,50 Euro monatlich
25,00 Euro Jahresabonnement

Vertrieb

commedia GmbH
Stefanie Henn-Anschütz
Fon 0201 87957-0
E-Mail: office@commedia.de

Erscheinungstermin

Jeweils zum Monatsbeginn

Auflage

47.876 (Druckauflage 1. Quartal 2015)



Nachdruck in Wort und Bild ist nur mit
Genehmigung der Redaktion gestattet. Alle
Nachrichten werden nach bestem Wissen,
jedoch ohne Gewähr veröffentlicht. MEO ist
das öffentliche Organ der IHK zu Essen und
wird den beitragspflichtigen IHK-Unternehmen
im Rahmen ihrer Mitgliedschaft ohne beson-
deres Entgelt geliefert.

Titelfoto: M. Johannsen - Fotolia.com
Fotos Editorial und der IHK-Ansprechpartner:
Mike Henning

Beilagenhinweis

In dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma Schultz Einrichtungen.
Wir bitten um freundliche Beachtung.

Exportmotor brummt: NRW trotz den Krisen MEO-Region erneut mit überdurchschnittlicher Exportquote

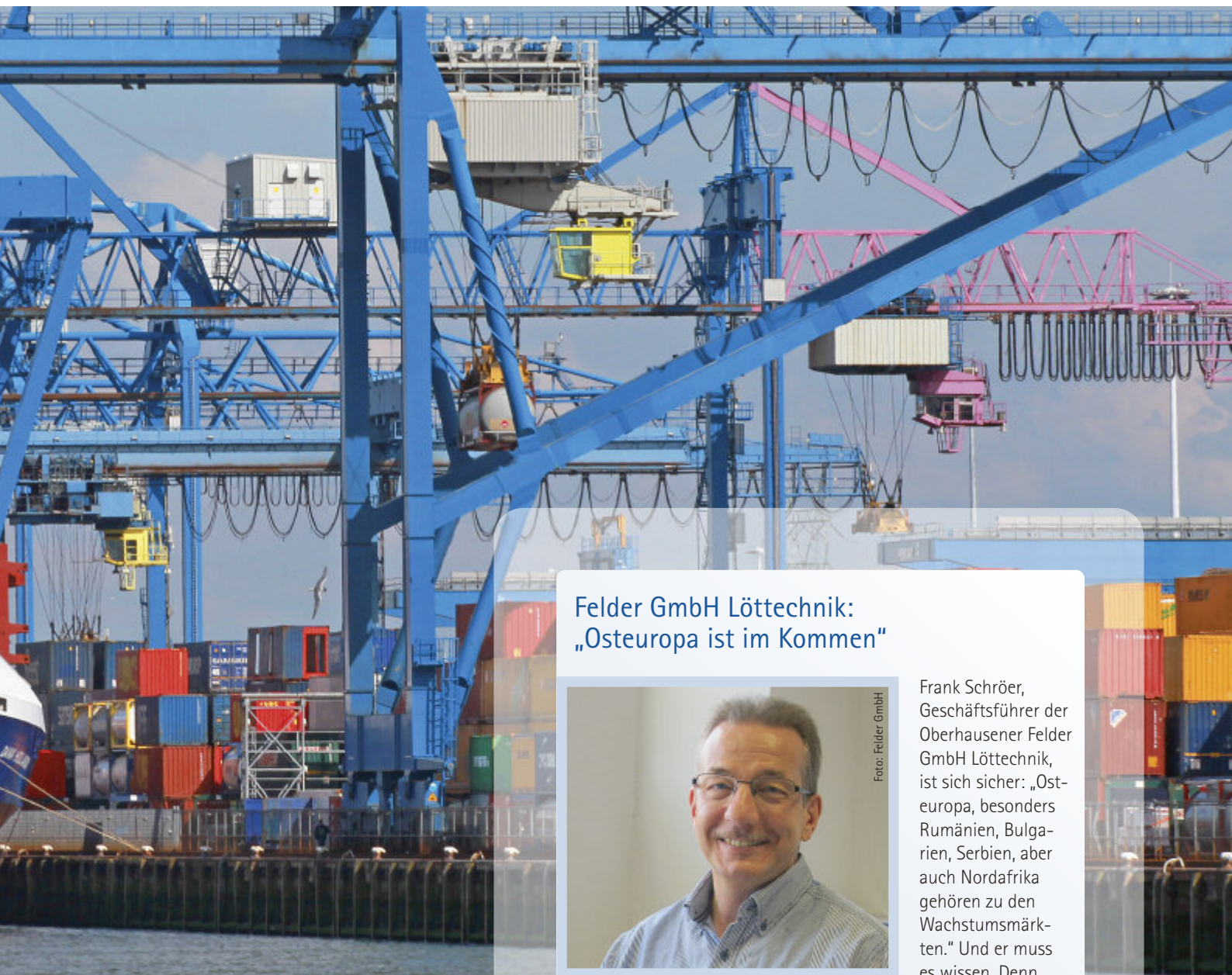


Die Exporte wachsen weiter und bleiben ein Eckpfeiler der NRW-Wirtschaft – auch in der MEO-Region. Positiv blicken die international aktiven NRW-Unternehmen 2015 vor allem in Richtung Nordamerika, Lateinamerika, in den Asien/Pazifik-Raum und Südostasien. Am kritischsten wird weiterhin das Russland-Geschäft bewertet.

2014: Krisen- oder Erfolgjahr?

Global betrachtet wurden die Medien vor allem von negativen Themen beherrscht wie ISIS, Ebola, Boko Haram und dem kriegerischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Doch der durch die IHKS in NRW vorgestellte „Report Außenwirtschaft NRW 2014/2015“ zeigt: Aus Sicht der nordrhein-westfälischen Exporteure war auch 2014 wieder ein Erfolgjahr. Mit einem Gesamtumsatz von über 180 Milliarden Euro stieg das Exportvolumen NRWs ein weiteres Mal an und trug wesentlich zur positiven Entwicklung der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bei.

Auch für die Unternehmen der MEO-Region – mit den Städten Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen – bleibt der Export ein entscheidender Erfolgsfaktor: Mit einer Exportquote von 52,4 Prozent im verarbeitenden Gewerbe lag die MEO-Region einmal mehr deutlich über dem Landesdurchschnitt von 45 Prozent.



Felder GmbH Löttechnik: „Osteuropa ist im Kommen“



Foto: Felder GmbH

Frank Schröer, Mitglied der Geschäftsführung

Frank Schröer, Geschäftsführer der Oberhausener Felder GmbH Löttechnik, ist sich sicher: „Osteuropa, besonders Rumänien, Bulgarien, Serbien, aber auch Nordafrika gehören zu den Wachstumsmärkten.“ Und er muss es wissen. Denn der Hersteller von Loten (NE-Metalle),

„Die Unternehmen aus NRW sind sehr flexibel in ihren außenwirtschaftlichen Aktivitäten. Massive Umsatzeinbrüche im Zuge des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine konnten durch florierende Geschäfte in den USA, dem asiatischen Raum, aber auch der EU mehr als ausgeglichen werden“, so Dr. Ralf Mittelstädt, Hauptgeschäftsführer IHK NRW bei der Vorstellung des Reports.

Erwartungen 2015 – Nordamerika im Fokus

Vorsichtiger Optimismus herrscht für 2015: 25 Prozent der Unternehmen aus NRW erwarten steigende Exportumsätze. 15 Prozent gehen von geringeren Umsätzen aus. Die mit Abstand besten Aussichten liegen aus Sicht der Unternehmen in Nordamerika – über 41 Prozent erwarten hier in 2015 bessere Geschäfte. Getrieben wird diese Entwicklung von der positiven konjunkturellen Entwicklung in den USA, dadurch dürften die geplanten Investitionen und durchgeführten Exporte aus NRW neue Höchstwerte erreichen.

Flussmitteln und Lötzubehör beschäftigt 109 Mitarbeiter und ist seit langem im Exportgeschäft tätig. In erster Linie kommen die Käufer aus den Bereichen Automobilzulieferung, Elektronikindustrie, Kupferrohrinstallation (Sanitär, Kälte-Klima, Solar) Schweißtechnik und Bedachung. „Unsere Kunden erwarten von uns eine flexible und pünktliche Belieferung. Das ist per Spedition in den Ländern zu gewährleisten, die in 2 bis 3 Tagen per Lkw bedient werden können“, erklärt der Geschäftsführer. In Ausnahmefällen könne man aber auch auf die Luftfracht zurückgreifen, das solle aus Kostengründen aber kein Standardweg für den Versand werden. Daher erfolgt der Verkauf innerhalb von Europa und Nordafrika über den Direktvertrieb. Mithilfe von Exporteuren liefert das Unternehmen auch nach Südamerika, Asien und Afrika. Der Exportanteil beträgt immerhin 47,5 Prozent und entspricht damit einem Umsatzanteil von 18,6 Millionen Euro. „Allerdings mussten wir auch Rückschläge einstecken. So kämpfen wir mit künstlichen Handelsbarrieren wie Stoffverbote im Zuge der REACH-Verordnung. Insbesondere durch politische Krisen, wie die zwischen Russland und der Ukraine, haben wir Umsätze einbüßen müssen.“

Dennoch: Die USA sind zwar bereits der wichtigste Exportmarkt NRWs außerhalb der EU, doch gerade kleine und mittlere Unternehmen tun sich beim Handel mit den USA schwer. Unterschiedliche Standards, Normen und Zertifizierungen führen zu hohen unnötigen Kosten beim Markteinstieg. Dies ist ein Grund dafür, warum sich 2014 62 Prozent der NRW-Unternehmen generell für ein TTIP-Abkommen ausgesprochen haben; in diesem Jahr sind es 85 Prozent, die gegenseitige Anerkennung solcher Standards, Normen und Zertifizierungen fordern.

Weitere Hoffnungsträger – Lateinamerika dabei

Weitere Hoffnungsträger sind für die NRW-Wirtschaft die Länder Südostasiens (der Saldo zwischen besser und schlechter eingestuften Geschäftsaussichten für 2015 beträgt fast +20 Prozent), der Asien/Pazifik-Raum (+16,9 Prozent) und Lateinamerika (15,4 Prozent).

Besonders bei Geschäften mit Lateinamerika bietet die IHK zu Essen als langjährige NRW-Schwerpunktkammer für Brasilien und die weiteren Märkte im Mercosur-Raum umfassende Unterstützung und Informationen. So ist für Herbst 2015 eine Unter-

nehmerreise im Rahmen des von der IHK initiierten Netzwerkes "NRW goes to Brazil PLUS" geplant (siehe dazu Seite 13).

„Neben Brasilien haben wir in diesem Jahr vor allem die Länder Chile und Kolumbien auf der Agenda“, unterstreicht Veronika Lühl, stv. IHK-Hauptgeschäftsführerin und zuständig für den Bereich International. So finden Ende November die fünften Deutsch-Chilenischen Wirtschaftstage in Santiago de Chile statt. „Nordrhein-Westfalen wird Partnerland dieser Konferenz sein; sie wird von der AHK Chile in enger Zusammenarbeit mit der IHK zu Essen organisiert“, so Veronika Lühl. In dem Zusammenhang sei die Teilnahme einer Unternehmerdelegation aus NRW geplant (s. Seite 12).

Sorgenkind Russland: Auch schon vor dem Konflikt

Ein völlig gegensätzliches Bild zeigt sich bei den außenwirtschaftlichen Aktivitäten NRWs mit Russland. Um ganze 1,1 Milliarden Euro sind die Exporte allein im Jahr 2014 zurückgegangen. Auch die Investitionsabsichten der Unternehmen sind stark rückläufig. Nur noch knapp 15 Prozent wollen 2015 in Russland und den angrenzenden Ländern Investitionen tätigen; 2014 waren es noch fast 22 Prozent. Dementsprechend bewerten über 55 Prozent der nordrhein-westfälischen Unternehmen auch die Geschäftsaussichten für das laufende Jahr negativ.

Zurückzuführen ist diese Entwicklung aber nur teilweise auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, im Zuge dessen Sanktionen der EU und die unsichere politische Lage im Allgemeinen die Geschäfte mit Russland behindert haben. Die Probleme begannen bereits vor dem Ausbruch der politischen Krise. Nach Ansicht der in Russland aktiven deutschen Unternehmen führen mangelnde Strukturreformen und die fehlende Diversifizierung der Wirtschaft schon lange dazu, dass die vor Jahren noch gelobte russische Wirtschaft kaum wächst. Damit einher geht die stetige Abwertung des Rubels seit 2012. Auch der Verfall des Ölpreises, der sich in den letzten zwei Jahren zeitweise halbiert hatte, bringt die vom Ölexport stark abhängige russische Wirtschaft in große Bedrängnis.

EU – Abnehmer Nummer eins

Die wesentliche Bedeutung der Europäischen Union als Zielmarkt nordrhein-westfälischer Exporte hat auch 2014 weiter zugenommen. Waren im Wert von über 116 Milliarden Euro wurden in die EU exportiert, dies entspricht fast 65 Prozent der gesamten Exporte NRWs und einer Steigerung von rund vier Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr.

Acht der zehn wichtigsten Exportmärkte NRWs liegen in der EU. Deutschlands direkte Nachbarn Niederlande und Frankreich sind mit 19,4 und 16 Milliarden Euro Volumen die mit Abstand wichtigsten Zielmärkte. Interessant ist, dass die Exporte nach Spanien im letzten Jahr um 8,6 Prozent gewachsen sind

Wuttke GmbH: Namaste in Indien



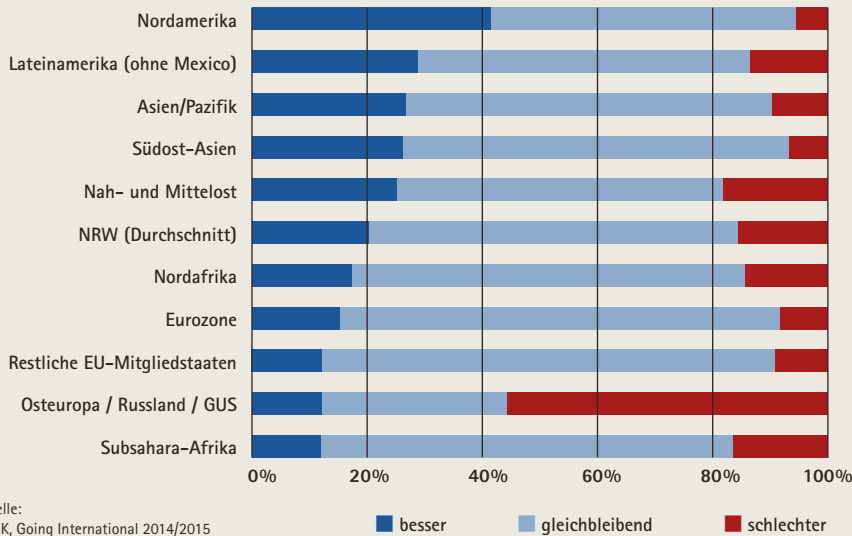
Foto: Matthias Duschner

Nach mehr als 20 Jahren Erfahrung in verschiedenen Kontinenten und Ländern fehlte der Essener Wuttke GmbH noch der südasiatische Staat Indien. Nun ist der geplante Markteintritt gelungen. Denn in Indien sieht der Lieferant von Anlagenteilen und Ausrüstungen für Stahlwerke

Geschäftsführerin Ingeborg Wuttke

sowie Teile für andere Industrieanlagen einen für seine Branche vielversprechenden Wachstumsmarkt. „Bislang fehlte der richtige Partner vor Ort. Den haben wir nun gefunden, so dass wir vor einigen Monaten einen Vertrag abschließen konnten“, so Geschäftsführerin Ingeborg Wuttke. Mit einem Auslandsumsatz von 95 Prozent ist das Unternehmen fast ausschließlich international tätig. Neben Indien gehören Brasilien, Taiwan, Südafrika und China zu den Kernmärkten. Dennoch kann von einem Umsatzrekord – wie ihn die Exportwirtschaft in NRW erzielen konnte – leider nicht die Rede sein. „Das liegt zum einen daran, dass der Bereich Stahlindustrie rückläufig ist. Zum anderen spüren wir natürlich die Auswirkungen der aktuell bestehenden Embargos gegen Russland und den Iran“, erklärt Wuttke. Und künstliche Handelsbarrieren kennt sie auch: „Manchmal fehlt es an Transparenz in der Zusammenarbeit und Loyalität gegenüber den Partnern.“ Nichtsdestotrotz blickt das dreiköpfige Team zuversichtlich in die Zukunft und schmiedet bereits langfristige Pläne für eine Unternehmenserweiterung in Sri Lanka.

Wie schätzen Sie Ihre Geschäftsaussichten in den folgenden Regionen im Jahr 2015 ein?



41,3%

**ERWARTEN IN NORDAMERIKA
2015 BESSERE GESCHÄFTE**

11,9 Milliarden Euro Exportsumme
im Jahr 2014 (+3,5%)

und Spanien damit die Schweiz aus den Top 10 verdrängt hat. Ebenfalls beeindruckend ist das Wachstum des Exportvolumens in Richtung Polen, das ebenfalls bei über acht Prozent lag. Hier zeigt sich die zunehmende Bedeutung der mittel- und osteuropäischen MOE-Staaten für die NRW-Wirtschaft.

Die IHKs als Partner im internationalen Geschäft

Der „Report Außenwirtschaft NRW“ gibt auch einen Überblick über die Aktivitäten der 16 IHKs im Bereich Außenwirtschaft. Als erster Ansprechpartner auf dem Weg zum internationalen Erfolg der Mitgliedsunternehmen richten wir unser Angebot konsequent nach den weltweiten Entwicklungen und den daraus resul-

tierenden Bedürfnissen der Unternehmen aus. Dafür unterstützen NRW-weit mehr als 150 Mitarbeiter ihre Mitgliedsunternehmen beim Erfolg im Auslandsgeschäft. Zu den Angeboten gehören die Ausstellung von Außenwirtschaftsdokumenten, die individuelle Beratung zu Ländern und Märkten, zum Zoll und Außenwirtschaftsrecht sowie die Organisation einer Vielzahl von Veranstaltungen und Unternehmerreisen. Über 450.000 Ursprungszeugnisse oder sonstige außenwirtschaftliche Bescheinigungen wurden 2014 alleine durch die IHKs in NRW ausgestellt. Rund 110.000 individuelle Beratungen haben die IHKs zum Thema Außenwirtschaft durchgeführt und mehr als 19.000 Besucher informierten sich bei 629 Fach- und Länderveranstaltungen. Darüber hinaus gab es 18 Unternehmerreisen mit 284 Teilnehmern. ■

Von Dominik Stute, IHK zu Dortmund, Marc Meckle, IHK zu Essen

GERSTEL GmbH: Exportschlager aus Mülheim an der Ruhr

Foto: GERSTEL



Eberhard G. Gerstel,
geschäftsführender Gesellschafter

Die GERSTEL GmbH & Co. KG entwickelt, produziert und vertreibt Geräte und Systeme für die instrumentelle chemische Analytik. Zu den Kernmärkten des 1967 in Mülheim an der Ruhr gegründeten Familienunternehmens zählen u. a. die Lebensmittel-, Getränke-, Duftstoff-, Aroma- und Konsumgüterindustrie sowie die Automobilindustrie und ihre Zulieferer. Mit Niederlassungen in den USA, Japan, der Schweiz, Brasilien und Singapur sowie Partnern in mehr als 70 weiteren Ländern konnte das Unternehmen sein internationales Geschäft ausbauen. „In 2014 haben wir 60 Prozent unserer Aufträge aus dem Ausland erhalten, das entspricht einem Plus von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr“, so Eberhard G. Gerstel, einer der geschäftsführenden Gesellschafter. Großes Potenzial für weiteres Wachstum sieht der Unternehmer in Südostasien, vor allem in China und anderen industriell geprägten Ländern der Region. Aus seiner Sicht bergen auch Südamerika und Afrika Entwicklungspotenzial, allerdings mit gewissen Hindernissen. Zu diesen gehören z. B. mangelnde politische und wirtschaftliche Stabilität oder andere Barrieren: Strafzölle etwa, wie sie von Brasilien erhoben werden. Wichtig für das erfolgreiche Auslandsgeschäft seien neben der Produktqualität Service und Respekt vor den kulturellen Gepflogenheiten vor Ort. Aus diesem Grund rekrutiere GERSTEL seine im Ausland eingesetzten Mitarbeiter im jeweiligen Land. Ausgebildet und auf ihre Aufgabe vorbereitet werden sie jedoch am Stammsitz des Mülheimer Unternehmens.



Bergbau- und Rohstoffmärkte weltweit Rohstoffkompetenzzentren unterstützen deutsche Unternehmen

Die Märkte Australien, Chile, Kanada, Saudi-Arabien und südliches Afrika standen im Mittelpunkt der IHK-Veranstaltung „Bergbau- und Rohstoffmärkte weltweit“. Zahlreiche Vertreter von NRW-Unternehmen informierten sich über die Marktchancen und Herausforderungen in diesen wichtigen Bergbau- und Rohstoffmärkten. Zudem wurden die Unterstützungsangebote der deutschen Auslandshandelskammern und der Rohstoffkompetenzzentren vorgestellt.

Für Deutschland und seine Unternehmen gewinnt das Thema Rohstoffsicherung strategisch immer mehr an Bedeutung. Zugleich besteht im Bergbau- und Rohstoffsektor in vielen Ländern ein großes Marktpotenzial, besonders für den Absatz von Investitionsgütern oder als Beschaffungsmarkt. Deshalb wurden in den letzten Jahren an verschiedenen Standorten weltweit sog. Rohstoffkompetenzzentren (RKZ) bei den deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) eröffnet, die Unternehmen gezielt beim Markteintritt in die jeweiligen Bergbau- und Rohstoffmärkte unterstützen.

Die deutschen Rohstoffkompetenzzentren

Auslöser für die Einrichtung von RKZ waren u. a. die seit 2009 geltenden Einschränkungen des Marktzugangs zu den industriell bedeutsamen „Seltenen Erden“ in China, dem Land mit den umfangreichsten Vorkommen, und die befürchteten langfristigen Konsequenzen. Die Bundesregierung entwickelte daraufhin 2010 eine „Rohstoffstrategie“, um Deutschland und seine Wirtschaft unabhängiger von Entwicklungen in einzelnen Ländern zu machen.

Zur Umsetzung der Strategie und zur Unterstützung der deutschen Unternehmen wurden ab 2013 RKZ in ausgesuchten und strategisch wichtigen Märkten gegründet. Pilotzentren waren zunächst die RKZ bei den AHKs in Chile und Kanada – gefolgt von denen bei den AHKs für das südliche Afrika sowie in Australien und Peru; bis Ende 2015 ist die Einrichtung eines weiteren RKZ bei der AHK in Brasilien vorgesehen.

RKZ: Ziele und Aufgaben

Die Ziele und Aufgaben der RKZ sind vielfältig: Verbesserung des Zugangs deutscher Unternehmen zu Rohstoffen sowie Diversifizierung von Lieferpotenzialen. Die RKZ sind somit für deutsche Unternehmen und Institutionen erste und zentrale Anlaufstelle für ein Engagement in der Bergbau- und Rohstoffwirtschaft des jeweiligen Marktes.

Die Zentren sollen als Plattform dienen, um die Aktivitäten der deutschen Unternehmen und Institutionen in den Zielmärkten zu unterstützen – unter anderem durch die Bereitstellung von Informationen zu anstehenden Projekten, Ausschreibungen, Mes-



Die stv. IHK-Hauptgeschäftsführerin Veronika Lühl (4. von rechts) mit den Vertretern der AHKS, weiteren Referenten und dem IHK-Organisationsteam.

sen, Fachveranstaltungen und zu relevanten Ansprechpartnern; ergänzend wird Hilfestellung bei der Suche nach geeigneten Tätigkeitsfeldern und Geschäftspartnern geboten.

Tipps für den richtigen Marktzugang

Im Rahmen der Veranstaltung wurde von den Experten in Fachbeiträgen bzw. einer Podiumsdiskussion unterstrichen: Jeder Markt erfordert eine unterschiedliche Herangehensweise. Hier ein Auszug wichtiger geschäftsrelevanter Tipps für den richtigen Marktzugang:

Australien ■ Hier lohnt sich der Blick auf die vor Ort präsenten deutschen Zulieferer, um in den Markt einzusteigen: 10 Prozent des Zulieferersektors im australischen Bergbau befinden sich in deutscher Hand!

Saudi-Arabien ■ Der Markteinstieg kann auch über lokale kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) gelingen, denn deutsche Firmen sind nicht nur in zahlreichen Milliardenprojekten der großen Firmen gefragt: Allein 428 saudische KMU sind im Bergbausektor Saudi-Arabiens tätig und somit potenzielle Geschäftspartner.

Südliches Afrika ■ Im südlichen Afrika sollte praktisch und an einfache Lösungen gedacht werden: Häufig noch eingesetzte Muskelkraft wird erst allmählich durch moderne Maschinen ersetzt. Zudem erfordert die geologische Besonderheit vielfach niedriger Strecken in den Minen kleindimensionierte Lösungen.

Kanada ■ Im Megamarkt des Bergbaus – Kanada – empfiehlt es sich wiederum, besonders jetzt während der weltweiten Marktlaute Präsenz zu zeigen: um die Marktmechanismen ver-

stehen zu lernen und Netzwerke zu knüpfen, so dass sich Unternehmen hierdurch eine gute Ausgangsposition beim Wiederanziehen des Geschäfts sichern.

Chile ■ In Chile sind „grüne Lösungen“ für den Bergbau immer mehr gefragt. Gemeint sind nicht nur energieeffiziente Produkte und Lösungen, sondern z. B. auch solche zur dezentralen Energieversorgung oder zur Wasserversorgung und –aufbereitung in chilenischen Minen. Themen, die auch auf der Agenda der Deutsch-Chilenischen Wirtschaftstage Ende November 2015 in Santiago de Chile stehen (siehe Seite 12). Zudem der Hinweis: Die IHK zu Essen ist als NRW-Schwerpunkt-kammer für Chile Partner des Rohstoffkompetenzzentrums und erste Ansprechpartnerin für die Wirtschaft in NRW.

Kurz zusammengefasst: Deutsches Know-how und deutsche Produkte sind im Bergbausektor weltweit gefragt; jeder der vorgestellten Märkte bietet deutschen Unternehmen – vor allem der NRW-Wirtschaft – vielfältige Geschäftschancen. ■

Die Präsentationen der Veranstaltung sind auf unserer Internetseite abrufbar. www.essen.ihk24.de, Dokument-Nr.: 2585620

IHK-Ansprechpartner

Marc Meckle

Tel.: 0201 18 92-240

E-Mail: marc.meckle@essen.ihk.de

Tobias Slomke

Tel.: 0201 18 92-245

E-Mail: tobias.slomke@essen.ihk.de



Foto: Thinkstock

Santiago de Chile

Chile - Deutsches Know-how gefragt NRW: Partnerland der Deutsch-Chilenischen Wirtschaftstage

Chile ist mit einer Länge von ca. 4300 km und einer durchschnittlichen Breite von nur ca. 200 km eines der ungewöhnlichsten Länder der Welt: Legte man Chile auf die Europakarte, würde es von Grönland bis nach Gibraltar reichen und darüber hinaus! Außer seiner exzentrischen Geografie hat das Land zwischen Anden und Pazifik noch viel mehr zu bieten.

Für deutsche Unternehmen sind die günstigen Rahmenbedingungen von Interesse: politische Stabilität, eine verlässliche Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung, eine niedrige Korruptionsrate, eine moderne Infrastruktur und nicht zuletzt die fast alle Weltmärkte erfassenden Freihandelsabkommen. Aufgrund des hohen Wettbewerbsdrucks und seiner Markttransparenz ist Chile für viele ausländische Firmen ein beliebter Testmarkt für Lateinamerika. Es gilt: Wer hier Erfolg hat, wird auch in den anderen Ländern des Kontinents erfolgreich sein.

Bergbau: Wichtigster Wirtschaftszweig

Der Bergbau ist der wichtigste Wirtschaftszweig Chiles: Das südamerikanische Land zwischen Anden und Pazifik ist weltweit führender Kupferproduzent und verfügt u. a. über große Vorkommen an Lithium, Nitraten und anderen Rohstoffen. Für die kommenden Jahre stehen hier milliardenschwere Investitionen an – vor allem in Bereichen wie Energie, Infrastruktur, Hafengistik und Bau.

Deutsch-Chilenische Wirtschaftstage 2015

„On the way to industry 4.0“ – so lautet das Motto der 5. Deutsch-Chilenischen Wirtschaftstage, die am 23. und 24. November 2015 in Santiago de Chile stattfinden. Nordrhein-Westfalen wird Part-

nerland dieser Konferenz sein. Vor diesem Hintergrund ist die Teilnahme einer Unternehmerdelegation aus NRW geplant. Diese Delegationsreise findet statt im Rahmen von NRW.International, der Außenwirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes.

Die IHK zu Essen gehört als NRW-Schwerpunktkammer für Chile zu den Mitinitiatoren dieser Konferenz, die 2010 an den Start ging und seitdem regelmäßig stattfindet. Die 2012 erstmalig in Deutschland – und zwar in Essen – durchgeführte Konferenz fand bei über 230 Teilnehmern sehr gute Resonanz.

Die diesjährigen Wirtschaftstage werden von der deutsch-chilenischen Industrie- und Handelskammer (AHK Chile) in enger Zusammenarbeit mit der IHK zu Essen und weiteren Partnern organisiert. Insgesamt werden rund 500 Teilnehmer erwartet.

Innovation, Produktivität und Nachhaltigkeit sind die Themenschwerpunkte der Konferenz. Das hochkarätig besetzte Eröffnungsforum ist dem Thema Innovation/Industrie 4.0 gewidmet. Zudem stehen ein Energiesymposium mit Unterstützung der EnergieAgentur.NRW, die vierte Sitzung des Deutsch-Chilenischen Forums für Bergbau und mineralische Rohstoffe sowie Workshops zu verschiedenen Fachthemen auf der Agenda. Weitere Informationen zur Konferenz sind abrufbar unter www.wirtschaftstage.cl.

Chancen für die NRW-Wirtschaft

Die Chancen für ein umfassendes Engagement deutscher Unternehmen und Institutionen in allen Stufen der bergbaulichen und rohstoffwirtschaftlichen Wertschöpfungskette in Chile sind enorm; das Interesse der chilenischen Regierung sowie der lokalen Industrie an deutschen Lösungen ist groß. Dabei kann Deutschland mit Technologie und Know-how nicht nur den Bergbau nachhaltiger gestalten und die lokale Wertschöpfung entscheidend erhöhen, sondern auch zum Ausbau der Energieinfrastruktur beitragen; gefragt sind neue Lösungen in der Wasserversorgung und -rückgewinnung. Die Herausforderungen an Automatisierung, Produktivität und ressourceneffiziente Prozesse bieten ein weites Feld für das deutsche Engagement, das noch lange nicht ausgeschöpft ist. ■

IHK-Ansprechpartnerin:

Veronika Lühl, Fon: 0201 1892-243

Brasilien im Aufbruch zu neuem Wachstum

Unternehmernetzwerk „NRW goes to Brazil PLUS“

Wer überlegt, in oder mit Lateinamerika Geschäftsbeziehungen aufzubauen, kommt an Brasilien – insbesondere aufgrund der geografischen Lage, Größe und Wirtschaftskraft – fast nicht vorbei.

Trotz aktueller Negativschlagzeilen zur wirtschaftlichen Lage sowie zum Sparkurs der Regierung, ist Brasilien auch weiterhin die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt. Experten gehen davon aus, dass Brasilien die aktuelle Krise mittelfristig überwinden und zu einem soliden Wirtschaftswachstum zurückkehren wird.

Potenzialmarkt für die NRW-Wirtschaft

Das Land bleibt für die NRW-Wirtschaft weiterhin attraktiv; gerade jetzt bieten sich dort vielfältige Chancen, um in diesen Wachstumsmarkt einzusteigen. Nicht zuletzt die Abwertung der brasilianischen Währung Real macht Investitionen vor Ort wieder interessant. Auch den Vergleich zu den anderen BRIC-Ländern (Russland, Indien, China) besteht Brasilien bestens. Das Land verfügt über stabile rechtliche Rahmenbedingungen sowie traditionell besonders gute Beziehungen zu Deutschland.

Brasilien bietet mit seinen knapp über 200 Millionen Einwohnern den lebhaftesten Binnenmarkt Lateinamerikas mit einer stark diversifizierten, mittelständisch geprägten Industrie. Führend sind die Metallverarbeitung, der Maschinen- und Anlagenbau, Flugzeugbau sowie die Chemieindustrie, die Schuh- und Lederwarenproduktion, die Herstellung von Papier, Textilien und elektronischen Bauteilen. Außerdem wachsen die Bereiche Medizintechnik, Kosmetik, Solar- und Windenergie sowie IKT exponentiell. Über 100 Millionen Brasilianer sind „online“; somit steht das Land an fünfter Stelle weltweit bezogen auf Internetnutzer – gleich hinter Japan.

Mit einer Fläche von 8,5 Millionen Quadratkilometern ist Brasilien nach Russland, Kanada, den USA und China das fünftgrößte Land der Erde – sogar größer als der Kontinent Australien. Mit Blick auf die regional unterschiedliche Infrastruktur ist es wichtig, sich gezielt über den potenziell richtigen Investitionsstandort zu informieren.

Brasilien ist führend in der weltweiten Agrarwirtschaft – sowohl was Produkte als auch die Forschung betrifft. Darüber hinaus ist das Land reich an Bodenschätzen: Es verfügt über die weltgrößten Eisenerzreserven; in jüngster Zeit wurde zudem hochwertiges Uranerz gefunden. 90 Prozent aller Edelsteine kommen aus Brasilien. Daneben werden Kohle, Bauxit, Mangan, Zinn, Nickel, Kalium, Phosphat, Wolfram, Blei, Graphit, Chrom, Quecksilber, Platin, Gold und Silber abgebaut. Zudem werden Erdöl und Erdgas gefördert. Somit spürt das Land auch den aktuellen internationalen Abschwung der Rohstoffpreise.



São Paulo

Foto: Thinkstock

Unabdingbar für den Markteintritt in Brasilien bleibt für alle Unternehmen: eine sehr gute Information, solide Vorbereitung und im Idealfall eine professionelle Eintrittsbegleitung vor Ort. Das trägt zur Risikominimierung bei. Letztendlich sind die Ausgaben in die Vorbereitung von Anfang an eine lohnende Investition, die teure Fehler vermeiden hilft.

Unternehmer-Netzwerk „NRW goes to Brazil PLUS“

Da der Marktzugang für mittelständische Unternehmen vielfach im Alleingang nur schwer machbar ist, wurde auf Initiative der IHK zu Essen als NRW-Schwerpunktkammer für Brasilien/Mercosur das Unternehmernetzwerk „NRW goes to Brazil PLUS“ entwickelt. Stv. IHK-Hauptgeschäftsführerin Veronika Lühl: „Dies ist eine neue Form der Außenwirtschaftsförderung. Kräfte bündeln und Chancen gemeinsam ergreifen, so lautet der Ansatz dieses Netzwerkes. Als Kooperationspartner sind die Energie-Agentur.NRW und NRW.International GmbH mit im Boot.“

Seit 2014 wird das Netzwerk privatwirtschaftlich organisiert – unter Schirmherrschaft der IHK; es bietet mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit, sich gemeinsam gezielt im brasilianischen Markt zu platzieren. Über das von der hey projects KG organisierte Netzwerkbüro werden die Zusammenarbeit der beteiligten Unternehmen gebündelt und konkrete Projektmöglichkeiten in Brasilien identifiziert. In regelmäßigen Workshoprunden in den Räumen der IHK werden bedarfsorientierte Angebotspakete für den brasilianischen Markt ausgearbeitet und im Rahmen von Unternehmerreisen Interessenten in Brasilien vorgestellt. Ziel ist eine bilaterale Weiterentwicklung der Projekte und eine gemeinsame Umsetzung vor Ort.

Für Mitte September 2015 ist die bereits dritte Netzwerk-Unternehmer-Reise nach Brasilien in Planung. Möglichkeiten zu einer Beteiligung am Netzwerk und weitere Informationen sind abrufbar unter www.nrwbrasilplus.de

Ansprechpartner:

Holger Hey, hey projects KG, Fon: 0221 92428-275
Tobias Slomke, IHK zu Essen, Fon: 0201 1892-245

Kolumbien – ein wachsender Markt

Chancen für die NRW-Wirtschaft



Foto: Thinkstock

Bogotá

Beim Stichwort „Kolumbien“ denkt man im Allgemeinen zuerst an Farc-Rebellen und Drogenanbau. Doch die Realität hat mit dem schlechten Image des Landes nur noch wenig zu tun. Nach 40 Jahren bürgerkriegsähnlichem Zustand herrscht in Kolumbien nun Aufbruchstimmung.

Die Sicherheitslage vor Ort ist heute – zumindest in den Wirtschaftszentren – für lateinamerikanische Verhältnisse gut. Zudem ist Kolumbien einer der am schnellsten wachsenden Märkte Südamerikas mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 5,0 Prozent seit 2010.

Kolumbien ist mit rund 48 Mio. Einwohnern nach Brasilien das zweitgrößte Land Südamerikas. Auch ist Kolumbien kein armes Land: Als „middle-high income country“ mit einem BIP von 377,9 Mrd. US\$ (2014) ist es ein interessanter Binnenmarkt, in etwa so groß wie Thailand oder Südafrika. Außerdem sorgen die wachsende Mittelschicht und steigende Einkommen für einen kräftigen Konsum.

Während das Land seinen Wohlstand vor allem aus dem Erdöl und dem Bergbau gewinnt, wachsen daneben vor allem die Sektoren Bauwirtschaft, Energie & Umweltmanagement, Agrarwirtschaft und Lebensmittelherstellung, der Finanzsektor, Informations- und Telekommunikationstechnologien (IKT), Logistik und Tourismus. Aufgrund seiner günstigen geographischen Lage mit Zugang zum Pazifik und Atlantik hat sich Kolumbien immer mehr zur Drehscheibe für die Region entwickelt.

Der kolumbianische Außenhandel hat 2014 neue Rekordstände erreicht. Die Importe aus Deutschland beliefen sich auf 2,5 Mrd. US\$, rund 14,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Deutschland war damit viertwichtigster Lieferant hinter den USA, der VR China und Mexiko. Aus Deutschland stammen in erster Linie Maschinen, pharmazeutische Erzeugnisse, Automobile und Luftfahrzeuge.

Ein Handelsabkommen mit der EU ist seit Mitte 2013 in Kraft und bringt deutschen Unternehmen Zollvorteile.

Die NRW-Wirtschaft in Kolumbien

Kolumbien wurde in den letzten Jahren für ausländische Investoren immer attraktiver. So belegt das Land im aktuellen Doing Business Ranking der Weltbank Platz 34 von 189 Ländern – kein anderer Staat in Lateinamerika ist höher eingestuft. Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen stieg daher von 1,7 Mrd. US\$ im Jahr 2003 auf 16,1 Mrd. US\$ in 2014. Unter den Unternehmen aus NRW investierte Bayer hohe Summen in eine Düngemittelfabrik in der Stadt Barranquilla an der Karibikküste. Von dort aus exportiert die Firma auch in andere Länder der Region. Bayer entwickelte sich dadurch zum umsatzstärksten deutschen Unternehmen in Kolumbien mit Verkäufen von 437,0 Mio. US\$ in 2014.

Andere Unternehmen aus NRW, die in Kolumbien bereits gut im Geschäft sind, sind Henkel, DHL (Deutsche Post), Arvato Services (Bertelsmann), Ferrostaal, Thyssen Krupp, Grünenthal und Keuco. Die Steag GmbH besitzt zudem Anteile an einem Kohlekraftwerk in dem Ort Paipa. Das Unternehmen Vossloh aus dem westfälischen Werdohl plant zusammen mit spanischen Partnern einen Nahverkehrszug für Bogotá.

Zukünftig bestehen besondere Geschäftschancen in Kolumbien vor allem im Infrastrukturbereich. Die Regierung will bis zum Jahr 2021 rund 100 Mrd. US\$ in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren. Zu den Vorhaben gehört der Bau von 8.000 km Autobahnen sowie Investitionen in Häfen, Flughäfen, Zugstrecken und die Binnenschifffahrt. Im öffentlichen Nahverkehr ist eine erste U-Bahn-Linie in Bogotá für rund 6,4 Mrd. US\$ geplant. Für deutsche Firmen bestehen bei den Projekten gute Chancen als Zulieferer von Maschinen, Baumaterialien oder Verkehrstechnologie. ■

**Wir fördern
das Gute in NRW.**



Nils und Julian Stentenbach, zukunftsorientierte Unternehmer dank der Fördermittel der NRW.BANK

Weitsicht ist die Basis für eine aussichtsreiche Zukunft unserer Region. Für die NRW.BANK Grund genug, neue Wege mitzugehen. Zum Beispiel mit attraktiven Fördermitteln für Elektromobilität und mehr Energieeffizienz in der Produktion. Die Vermittlung eines maßgeschneiderten Förderangebotes erfolgt über Ihre Hausbank. Sprechen Sie mit Ihrem Berater, damit die Energiewende Realität wird.

www.nrwbank.de/weitsicht

1840 wurden in den Städten Mülheim an der Ruhr und Essen erste „Handelskammern“ gegründet. 2015 feiert die IHK zu Essen ihr 175-jähriges Jubiläum. Doch manch ein Unternehmen im Kammerbezirk ist noch viel älter. Im Jubiläumsjahr stellen wir unseren Lesern diese Unternehmen vor.

175 JAHRE
ZUKUNFT
GESTALTEN



Fotos: privat

Die Hirsch-Apotheke auf einer Postkarte – vermutlich um 1900.

Uns gab's schon 1575 Hirschapotheke in Essen-Werden

Die Hirsch-Apotheke in Essen-Werden ist nicht nur die älteste Apotheke in der MEO-Region, sondern mit stolzen 440 Jahren auch das älteste Unternehmen in Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen.

Als Vorläufer der ersten Apotheker in Deutschland gelten Kaufleute, die mit offenen Verkaufsständen umhergezogen sind und Heilkräuter, Drogen und Gewürze anboten. Die Geburtsstunde des Apothekerberufes fällt in das Jahr 1241: Der Staufer-Kaiser Friedrich II. erlässt in diesem Jahr eine Medizinalordnung, die erstmals die Trennung von Arzt und Apotheker festschreibt. Ärzte durften keine Apotheken besitzen oder daran beteiligt sein und Arzneimittelpreise wurden gesetzlich festgeschrieben, um Preistreiberei zu verhindern. Im Laufe des 14. Jahrhunderts wandelte sich dann das Berufsbild des Apothekers vom fliegenden Händler, der seine Verkaufsbude an zentralen Orten wie Markt und Kirchenplatz aufstellte, zum wohlhabenden Bürger, der ab da auch selbst Arzneimittel herstellte. Meist nach dem Rezept eines Arztes wurden Pillen gedreht, Zäpfchen gegossen, Mixturen und Tinkturen gerührt. Unter anderem auch Marzipan, das

bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nur in Apotheken hergestellt werden durfte, da es als Heilmittel galt. Der erste Hinweis auf eine Apotheke in Werden stammt aus einer Urkunde aus dem Jahr 1575. In ihr werden „Johann, der Apotheker“ und seine Frau Elsen erwähnt, die wohl das erste Apotheker-Ehepaar in Werden waren. Das Privileg zur Errichtung einer Apotheke wurde damals von den Äbten des Klosters Werden vergeben. Die privilegierten Apotheken genossen ein Exklusivrecht: In einem fest umrissenen Gebiet durfte keine andere Apotheke errichtet werden.

In den Jahren nach 1700 bis etwa 1750 war die Apotheke im Besitz eines Herrn Hettermann.

Am 30. Juli 1757, während des Siebenjährigen Krieges, erhielt W. Jacob van Neuß (oder Nuyß) durch den Werdener Abt Benedict von Geismar das Privileg zur Niederlassung. Seit diesem Datum führt das Unternehmen den „Hirsch“ im Namen (aus Geweihen der Hirsche wurde im Mittelalter ein „Gesundheitspulver“ gemacht). Im gleichen Jahr erhielt die Hirsch-Apotheke erstmalig das sogenannte Realrecht – wer die Apotheke betrieb, war auch Besitzer des Grundstücks und umgekehrt.

1809 ging sie durch Verkauf an Franz Wilhelm Enshoff über. Enshoff war es auch, der im Jahr 1823 das Haus Am Markt 3 baute. Bis heute wird die Apotheke in dem inzwischen denkmalgeschützten Gebäude betrieben. Dieser Neubau eines standesgemäßen Patrizierhauses gestaltete sich allerdings schwierig:



In den 1930er Jahren mischten Apotheker wie hier Max Hülsebusch noch einen Großteil der Arzneien selbst.

Beim Ausschachten stießen die Arbeiter auf Sumpf und Grundwasser. Es gab somit keinen festen Boden, auf dem die Grundmauern ruhen konnten. 500 Eichenpfähle wurden in den seichten Boden gerammt und darauf ein Tonnengewölbe errichtet auf das dann das Haus gebaut wurde. Es heißt, dass man noch viele Jahrzehnte ein Gluckern unter dem Boden des Gewölbekellers hören konnte.

Enshoff verkaufte die Apotheke 1838 an Ludwig Hofius, der bereits im Alter von 42 Jahren starb. So ließ seine Witwe das Unternehmen viele Jahre lang durch Verwalter führen, bis ihr Sohn Ernst Hofius 1873 die Konzession erhielt.

1908 kaufte Fritz Schmitz die Apotheke, und ab 1929 stand ihr Max Hülsebusch vor. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war es eher unüblich, Fertigprodukte zu verkaufen. Es wurden immer noch Arzneien selbst gemischt und auch entwickelt. Eine Umstellung auf den Verkauf industriell gefertigter Arzneien erfolgte erst allmählich. Anstatt Arzneimittel selbst herzustellen, beschäftigte sich die Apotheke zunehmend mit der Prüfung der Qualität und Identität von Arzneimitteln und mit der Beratung rund um Arzneimittel.

1937, nach dem frühen Tod von Hülsebusch, verpachtete seine Witwe die Apotheke zunächst, bis sie 1942 den Apotheker Heinz Grote heiratete. Seit 1946 wurde die Apotheke von verschiedenen Pächtern betrieben, bis 1971 Renate Weber übernahm, die Tochter von Max Hülsebusch. Bis 2015 blieb das Unternehmen im Familienbesitz der Webers. Vor wenigen Wochen übernahm Dr. Anke Hemmerle-Kock die traditionsreiche Apotheke am Werdener Markt, so dass die Geschichte des ältesten Unternehmens im IHK-Bezirk weiter fortgeführt wird. ■

Die Hirsch-Apotheke in Essen-Werden ist nicht die einzige Apotheke der MEO-Region, die älter ist als die IHK. Zu den Traditionshäusern gehören auch:

1619

Einhorn-Apotheke

Inh. Birte Barleben e. K.

Markt 5, Essen

1686

Hirsch-Apotheke

Andreas Bessenbach

Limbecker Platz 4, Essen

1767

Hirsch-Apotheke

Dr. Liekfeld oHG

Leineweberstr. 55, Mülheim an der Ruhr

1811

Löwen-Apotheke

Ute Kellner e. K.

Brückstr. 30, Essen-Werden

1837

Löwen-Apotheke

Carl Funcke oHG

Bahnhofstr. 64, Oberhausen



Foto: insigne real-estate gmbh

Minimax GmbH

Niederlassung bleibt in Essen

Die Minimax GmbH & Co. KG, eines der weltweit führenden Unternehmen im Brandschutz, verlagert den Sitz einer ihrer Niederlassungen für stationären Brandschutz ins Gewerbegebiet econova. Dort ist der Rohbau des neuen Gebäudes schon fertiggestellt. Im Mai feierten der Essener Investor und Eigentümer der Immobilie, die WJM WITRA, und der Kölner Projekt-

entwickler insigne real-estate gmbh gemeinsam mit dem Minimax Regionalbüro Essen das Richtfest.

Die neue Immobilie, die Minimax angemietet hat, umfasst rund 3.000 Quadratmeter Bürofläche und rund 1.100 Quadratmeter Service- und Lagerfläche. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund sechs Millionen Euro. Im September 2015 sollen die Bauarbeiten auf dem rund 6.100 Quadratmeter großen Grundstück komplett abgeschlossen sein. Dann ziehen die rund 75 Mitarbeiter aus Essen vom derzeitigen Standort in der Germaniastraße in das neue Gebäude.

l www.minimax.de

Sparkasse Essen: Behr folgt Martz als Chef



Volker Behr (l.) wird 2016 die Nachfolge von Hans Martz antreten.

Die Weichen für den Wechsel an der Spitze der Sparkasse Essen sind gestellt. Wenn Ende 2015 Vorstandschef Hans Martz in den Ruhestand tritt, wird ihm zum Jahresbeginn sein bisheriger Stellvertreter Volker Behr im Amt folgen.

Hans Martz ist seit 1991 Mitglied des Vorstands und seit 2007 Vorstandsvorsitzender. Volker Behr kam



Fotos: Sparkasse Essen

1982 zur Sparkasse und wurde 2007 Mitglied des Vorstandes. Seit 2013 ist er stellvertretender Vorsitzender. Ebenfalls zum 1. Januar 2016 wurde Oliver Bohnenkamp, bisher Verhinderungsvertreter des Vorstandes, zum weiteren Vorstandsmitglied berufen und komplettiert damit das Gremium.

l www.sparkasse-essen.de

DIHAG

Vertriebsstandort in Moskau eröffnet

Die DIHAG Holding GmbH, eine der größten unabhängigen Gießereigruppen Westeuropas mit Hauptsitz in Essen, hat im März 2015 ein Tochterunternehmen in Moskau gegründet, das den wachsenden Kundstamm in dieser Region betreuen soll. Dazu zählen vor allem Unternehmen aus der Eisenbahnbranche, der Energieerzeugung sowie den Bereichen Mining und Metallurgie.

„Moskau ist für uns von zentraler Bedeutung, denn es ist das wichtigste Handelszentrum Russlands und der meisten GUS-Staaten“, erläutert Dr.-Ing. Anton Miklin, Projektleiter Osteuropa und Russland. „Einige unserer Kunden sitzen in Osteuropa. Mit der neuen Niederlassung können wir die Aufträge aus der Zollunion leichter umsetzen und unsere Kunden vor Ort besser betreuen.“ Bereits seit einigen Jahren richtet sich das Unternehmen, zu dem auch zwei Gießereien in Ungarn und Polen gehören, gezielt nach Osteuropa aus. Die Nachfrage nach modernen Gießtechnologien und komplexen Gussbauteilen ist gerade dort groß.

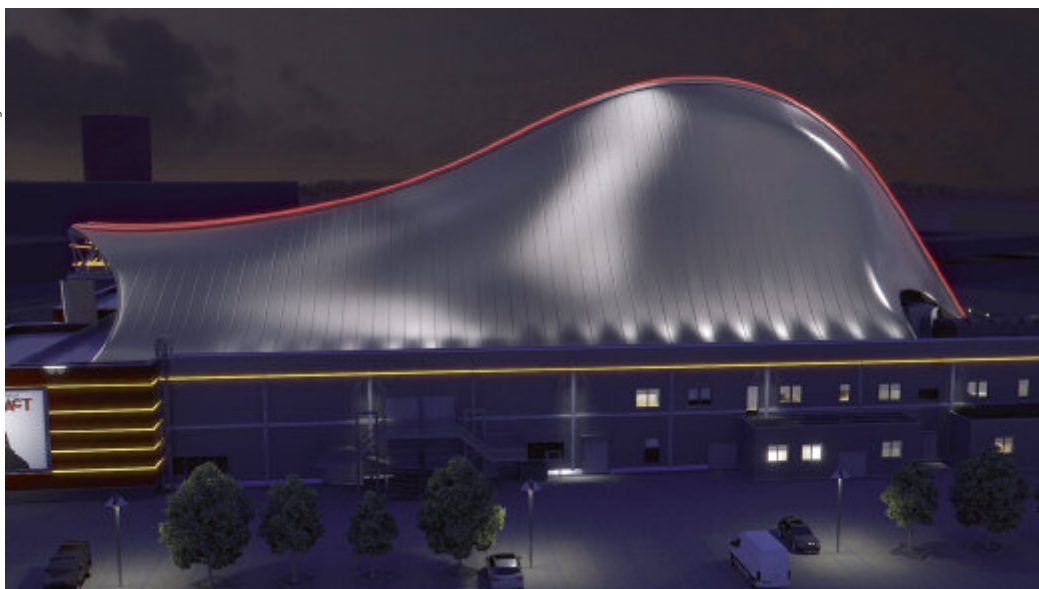


Foto: DIHAG

Dr. Heiko Brauckhoff

Darüber hinaus will das Unternehmen mit seinem Ostkurs Überkapazitäten auf dem westlichen Markt entgegenwirken. „Durch unsere systematische Kundenakquise in den GUS-Staaten haben wir die nachlassende Nachfrage nach Gusserzeugnissen in Westeuropa ausgeglichen“, so Dr. Heiko Brauckhoff, CSO der DIHAG Holding GmbH. | www.dihag.com

Foto: Stage Entertainment



Stage Metronom Theater

Der Drache häutet sich

1999 eröffnete das Musicaltheater in der Neuen Mitte Oberhausen. Das Dach des Theaters, dem Kopf von Peter Maffays Drachen Tabaluga nachempfunden, war 16 Jahre grün hinter den Ohren. Zum zehnjährigen Stage Entertainment Jubiläum in Oberhausen streift der Drache seine grüne Haut ab und zum Vorschein kommt eine silbrig-glänzende Haut. „Unsere Investition ist eine deutliche bauliche und optische Aufwertung des Theaters und seiner Umgebung. Gleichzeitig symbolisiert sie unser Bekenntnis zum Standort Oberhausen“, erläutert Ulf Dewald, Director Operations, die Maßnahmen.

Das Metronom-Theater in Oberhausen erhält ein neues Dach.

Die 6.120 Quadratmeter große Dachmembran wird – bei laufendem Spielbetrieb – gegen ein silbernes Polyestergewebe ausgetauscht. Das Gesamtgewicht der neuen Membran beträgt etwa 12,5 Tonnen. Lediglich zehn Tage bleiben die Türen des Musicaltheaters aufgrund der Dachumbauten geschlossen. Die Gesamtkosten der Renovierungsarbeiten belaufen sich auf zwei Millionen Euro. Die Arbeiten sollen bis Mitte September abgeschlossen sein.

| www.stage-entertainment.de



IHK-Präsidentin Jutta Kruff-Lohrengel bei der Übergabe der Ehrenurkunde zum 50-jährigen Jubiläum der Lenord, Bauer & Co GmbH, Oberhausen, an den geschäftsführenden Gesellschafter, Dr. Matthias Lenord.

50 Jahre Lenord, Bauer & Co GmbH

Allen Grund stolz zu sein hat die Lenord, Bauer & Co GmbH in Oberhausen in diesem Jahr: Seit 1965 agiert der Spezialist für die Automatisierung von industriellen Bewegungsabläufen nun schon erfolgreich am Markt. Das Unternehmen blickt auf 50 „bewegte“ Jahre zurück.

team-neusta

Tochtergesellschaft in Essen

Unter dem Dach der neu gegründeten Gesellschaft neusta software development West GmbH wird das bisherige Geschäft der seit 1998 in Nordrhein-Westfalen ansässigen Software-Architekten am Standort Essen weitergeführt und um das gesamte Leistungsspektrum der Bremer team neusta-Gruppe erweitert. Geschäftsführer der neuen Tochter sind Heiko Dietz und Andreas Wulf.

„Wir sehen die Chance, hier am Standort zu wachsen und zu expandieren“, erklärt Heiko Dietz, geschäftsführender Gesellschafter der neuen Gesellschaft und bislang Geschäftsführer sowie Mitinhaber der Software-Architekten. „Als Teil von team neusta können wir komplexere Projekte stemmen und mit unserer technischen Expertise die gesamte Gruppe sinnvoll ergänzen.“

Dirk Schwampe, geschäftsführender Gesellschafter von team neusta: „Dieser Zusammenschluss macht für alle Partner Sinn. Wir freuen uns, durch den Zusammenschluss die Präsenz der Unternehmensgruppe in NRW zu stärken und die seit geraumer Zeit bestehende Kompetenz als „hybris extended workbench“-Partner noch stärker zu betonen.“



Heiko Dietz

Die Unternehmensgruppe team neusta bietet im Kerngeschäft Beratung, Entwicklung und Umsetzung von komplexen, meist webbasierten Softwarelösungen. Dazu kommen Leistungen in den Bereichen Konzeption, Personal, Design, Usability und Kommunikation. Knapp 600 Mitarbeiter an Standorten u. a. in Bremen, Hamburg, und Hannover erwirtschaftete in 2014 ca. 60 Millionen Euro Umsatz.

www.team-neusta.de



**Ausgezeichnete
Qualität –
beste Beratung
für Unternehmen
in Essen.**



www.sparkasse-essen.de

 **Sparkasse Essen**



Sicherheitspartnerschaft Ruhr: Mitarbeiter der Vollmergruppe ausgezeichnet



Foto: Vollmergruppe

Die ausgezeichneten Mitarbeiter der Vollmergruppe Dienstleistung, Cristian Kent, Benjamin Lengert und Edmond Madani nach der Verleihung des Preises mit den Vertretern der Sicherheitspartnerschaft Ruhr

Bereits zum zweiten Mal nach 2013 wurden Mitarbeiter der Vollmergruppe im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft Ruhr zum „Mitarbeiter des Jahres 2014“ gewählt. Bei einer gemeinsamen Aktion zwischen Einsatzkräften der Polizei und den nun ausgezeichneten drei Sicherheitsmitarbeitern der Vollmergruppe gelang im November 2014 die Verhaftung zweier wegen räuberischen Diebstahls gesuchter Verdächtigen. Die Täter hatten am Vortag bei einem bewaffneten Diebstahl eine hochwertige Spielkonsole erbeutet. Der Versuch, die Beute in einem Gamestore zu verkaufen scheiterte, da die Polizei im Vorfeld die Mitarbeiter des Geschäftes und der Vollmergruppe um Mithilfe bei der Fahndung ersucht hatte. Die Sicherheitskräfte konnten die Verdächtigen stellen und sie der Polizei übergeben.

Bereits seit 2003 arbeiten die Mitglieder der Sicherheitspartnerschaft Ruhr, die Polizei Essen, die Unternehmen Condor Schutz- und Sicherheitsdienst, Kötter Security, SECURITAS Sicherheit & Service, Westdeutscher Wachdienst – Vollmergruppe Dienstleistung, WISAG Sicherheit & Service sowie die Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft und Mülheim & Business in einer engen Kooperation in den Städten Essen und Mülheim erfolgreich zusammen.

DATEV: Umzug in das Essener Stadtzentrum

Die DATEV-Niederlassung Essen bezieht neue Geschäftsräume in Essens Stadtmitte, direkt am Kennedy-Platz. Die neuen Räumlichkeiten ermöglichen einerseits Seminare im Charakter von PC-Schulungen durchzuführen und sind andererseits auch groß genug für Gruppenarbeiten und Workshops. „Unsere Kunden finden hier die neuste Technik für das Arbeiten mit unserer Software in einem modernen Ambiente“, freut sich Dieter Spielmann, Leiter der Niederlassung in Essen.

Der Umzug von der Huysenallee an den Kennedyplatz im Zentrum Essens soll den Kunden des Unternehmens die Nutzung der innenstädtischen Infrastruktur mit zahlreichen Hotels, Restaurants, öffentlichen Parkplätzen und der Anbindung an den ÖPNVV erleichtern. | www.datev.de



Kostenlose

IT-SPRECHSTUNDE

für Unternehmen und Handwerksbetriebe

- Geschäftsstelle des networker NRW, ComIn Start, Essen
- Wann? jeden zweiten Donnerstag eines Monats, ab 16:30 Uhr
- Kontakt: www.it-sprechstunde.de oder
Tel.: 0201 1892-198 (Jan Borkenstein)
- Nächste Termine: 09.07.2015 · 13.08.2015

Initiativpreis NRW

Mit dem „Initiativpreis NRW“, den die Funke Mediengruppe einmal im Jahr gemeinsam mit der WGZ Bank verleiht, wird das soziale, ökologische und gesellschaftliche Engagement mittelständischer Familienunternehmen in Nordrhein-Westfalen gewürdigt. Prämiert werden besondere Leistungen in folgenden Bereichen: innovative Leistungen auf dem Gebiet grüner Technik und des Umweltschutzes; neue Arbeitsplätze in NRW; besonderes gesellschaftliches Engagement. Bei der Auswahl der Preisträger werden neben der Bedeutung der unternehmerischen Leistung auch die Originalität und das persönliche Engagement gewürdigt.

Bewerben können sich Unternehmen, die mehrheitlich in Familienbesitz sind. Als mittelständisch gelten Firmen mit weniger als 500 Mitarbeitern. Bewerbungsunterlagen und die genauen Ausschreibungsbedingungen gibt es im Internet unter www.initiativpreis-nrw.de.

Foto: ISS DEBEOS Studios / Mercedes-Benz Classic



Mercedes Benz 300 SL von 1952

„Dauernde, nicht endgültige Form“

1955 wurde die „Ständige Schau formschöner Industrieerzeugnisse“ in der Villa Hügel eröffnet. Das war der Startschuss für die Geschichte ausgezeichneten Designs in Essen, die heute mit dem Red Dot Award und dem Red Dot Design Museum fortgeschrieben wird. Mit der gemeinsamen Ausstellung von Ruhr Museum und Red Dot Design Museum „Dauernde, nicht endgültige Form“ wird die bewegte Historie des Design Zentrums Nordrhein Westfalen thematisiert.

Die Ausstellung vereint aktuelle sowie historische Exponate und Highlights vergangener Präsentationen. Neben Plakaten und Fotografien aus 60 Jahren

Designgeschichte werden zudem persönliche Erlebnisse von Zeitzeugen dokumentiert. Der Ausstellungstitel „Dauernde, nicht endgültige Form“ ist ein Zitat der Journalistin Clara Menck, das in den 1950er Jahren in Bezug auf die damalige Designausstellung kreiert wurde. Es bezieht sich auf die Zeitlosigkeit der Basisform von Gebrauchsgegenständen. Dieses „Dauerhafte“ wird erst durch stetige Veränderung und Optimierung komplettiert. So ist etwa das Design eines Stuhls im andauernden, kollektiven Gedächtnis der Menschen fest verankert, den „endgültigen“ Stuhl wird es jedoch niemals geben.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 23. August auf Zollverein. | www.red-dot-design-museum.de

Reinersmann Umweltdienste



Foto: Reinersmann Umweltdienste

Die Reinersmann Umweltdienste GmbH mit Sitz in Oberhausen beschäftigt sich mit der Sammlung und Aufbereitung von Sekundärrohstoffen. Zur Materialbeschaffung werden Mini-Container ab 1 cbm bei Gewerbe- und Privatkunden aufgestellt. Durch die Hubwagenfähigkeit und kompakten Abmessungen der Container ist der Abtransport auch von Betriebshöfen mit beengten Zufahrten oder wenig Stellfläche möglich. In Produktionsbetrieben können die Container direkt an Bearbeitungsmaschinen aufgestellt werden, so dass Ausschüsse, Stanzabfälle oder Späne dem Re-

cycling-Prozess zugeführt werden können. Ziel ist es, durch getrennte und sortenreine Abfallsammlung beim Erzeuger, Entsorgungsgebühren zu reduzieren und die wirtschaftliche Sammlung von Wertstoffen zu ermöglichen. Der Baustellenservice des Unternehmens bietet zudem die Möglichkeit, Kleinmengen von Abfällen direkt vor Ort zu entsorgen. So muss der Abfall nicht mehrmals in die Hand genommen werden bzw. erst aufwendig verladen und beim nächsten Wertstoffhof mit viel Zeitaufwand entsorgt werden. Aktuell beschäftigt das Unternehmen fünf Mitarbeiter und hat ein Einzugsbiet von ca. 60 km.

| www.reinersmann-umweltdienste.de



Seit 20 Jahren auch beruflich ein eingespieltes Team: Die Geschwister Christiane Celan (l.) und Kirsten Melchert.

Firma Kröber

Gute Laune im Doppelpack

Manchmal ist ein Geschäft eben mehr als ein Verkaufsort: So wie die Schreib- und Spielwarenhandlung „Kröber“ im Essener Stadtteil Werden. Seit mehr als 5 Jahrzehnten ist sie hier eine feste Größe und viele der Kunden sind langjährige Stammkunden.

Man kennt sich, man plaudert miteinander und man hilft sich gegenseitig. So gefällt es auch der älteren Dame am Morgen, die regelmäßig vorbei kommt, und wenn es nur für eine Kopie ist. „Hier an der Brückstraße wollen wir gerne bleiben – trotz der Umbaumaßnahmen vor einigen Jahren und der geplanten im nächsten Jahr“, betont Kirsten Melchert, die den Laden zusammen mit ihrer Schwester Christiane Celan führt.

Das unter dem Namen „Kampmann“ von Wilhelm Kampmann 1890 gegründete Geschäft hat einige Veränderungen (mit)erlebt – und hält sich ungebrochen seit 125 Jahren am Markt. Im Laufe der Jahre wechselte es nicht nur mehrfach Ort und Besitzer, sondern auch das Sortiment. Angefangen als Papierwarenhandlung mit Buchbinderei, erhielten Kunden ab Ende der 1950er Jahre neben Schreibwaren auch Elektrozubehör für Mofas und Fahrräder – darüber hinaus konnten auch Reisen gebucht werden. Zu dieser Zeit war Alexander Kröber der Eigentümer und gab dem Laden seinen noch heute bestehenden Namen. Ab Mitte der 60er Jahre wurde das Angebot erneut erweitert: Der neue Inhaber Alfred Schürenberg reparierte nicht nur Mofas und Fahrräder, sondern bot sie auch zum Verkauf an.

„1987 hatte ich hier gerade meine Ausbildung als Einzelhandelskauffrau abgeschlossen. Unsere Mutter, Maria Melchert, war einige Jahre als Angestellte bei Alfred Schürenberg beschäftigt, bevor sie das Geschäft kaufte. Und mir war klar, dass ich auch weiterhin hier arbeiten möchte“ erinnert sich Kirsten Melchert.



Freude für Klein und Groß: Mehr als 30 namhafte Hersteller sorgen für ein vielseitiges Angebot.

Der Gedanke, ebenfalls ins Geschäft einzusteigen, kam Schwester Christiane Celan im Alter von 30 Jahren: „Ich bin gelernte Erzieherin und die Arbeit mit Kindern hat mir immer viel Spaß bereitet. Aber es war an der Zeit, mich beruflich umzuorientieren.“ Und so artfremd sei die neue Tätigkeit nicht, schließlich gehören Kinder noch immer zur täglichen Klientel.

Als gleichberechtigte Inhaberinnen führen die Schwestern das Geschäft seit mittlerweile elf Jahren. Große Änderungen im Sortiment gibt es seitdem nur saisonbedingt, der Fokus liegt auf Papier- und Spielwaren, Geschenkartikeln, Bastelbedarf und Schul- und Bürozubehör. „Natürlich versuchen wir, uns den Entwicklungen im Handel anzupassen. Den Druck durch das Internet spüren wir allerdings schon deutlich“, so Christiane Celan. Viele Kunden kamen in den Laden, um sich z. B. beim Kauf von Schulranzen beraten zu lassen. „Letztendlich haben sie aber den virtuellen Warenkorb gefüllt – und nicht unseren. Das ging einige Zeit so, darum haben wir Schultaschen aus dem

Programm genommen und bieten nur noch wenige Einzelmodelle an. Denn gute Beratung ist für uns selbstverständlich – und die kostet natürlich nichts. Aber verdienen müssen wir ja auch.“

Die gute Laune kann ihnen allerdings so schnell nichts nehmen: „Uns macht die Arbeit Spaß und Unstimmigkeiten gibt es bei uns nicht. Wir sind uns immer recht schnell einig.“ Das kann auch Tagespraktikantin Celin bestätigen. Sie lernt die Arbeit im Einzelhandel im Rahmen der Berufsfelderkundungstage kennen. „Aus Platzgründen können wir leider keine längeren Praktika anbieten oder gar ausbilden“, erklärt Kristen Melchert. Damit bleibt sie wohl vorerst die letzte Auszubildende der Firma Kröber.

Privat interessieren sich die Schwestern für das „Geocaching“ – eine moderne Form der Schatzsuche oder Schnitzeljagd. „Dadurch kamen wir auf die Idee, das passende Zubehör für das Geocaching, das bereits weltweit Anhänger gefunden hat, bei uns anzubieten. Das ist aber noch nicht in trockenen Tüchern, aktuell sind wir noch auf der Suche nach Händlern“, verrät Christiane Celan. ■

Verbraucherpreisindizes

März 2015 bis
Mai 2015*

Verbraucherpreisindex

DEUTSCHLAND

2010 = 100	107,0	März 2015
2010 = 100	107,0	April 2015
2010 = 100	107,1	Mai 2015

Verbraucherpreisindex

NORDRHEIN-WESTFALEN

2010 = 100	107,3	März 2015
2010 = 100	107,3	April 2015
2010 = 100	107,5	Mai 2015

* Mit dem Berichtsmonat Januar 2013 haben das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter den Verbraucherpreisindex auf das Basisjahr 2010 umgestellt und damit den Warenkorb an veränderte Verbrauchsgewohnheiten angepasst.

Alle Angaben ohne Gewähr.

AUSSENWIRTSCHAFT

Unionszollkodex (UZK) löst bisherigen Zollkodex zum 01. Mai 2016 ab

Das EU-Zollrecht erlebt derzeit die umfangreichste Reform seit Inkrafttreten des Zollkodex im Jahr 1992. Als Endergebnis des mehrjährigen Reformprozesses gibt es den Unionszollkodex (UZK) – Zollkodex der EU –, der im Oktober 2013 als VO(EU) Nr. 952/2013 erlassen und im Amtsblatt L269 vom 09. Oktober 2013 veröffentlicht worden ist.

Der UZK als neues Rahmengesetz der Europäischen Union zur Regelung der Abläufe bei grenzüberschreitenden Warenverkehren wird zum 01. Mai 2016 rechtskräftig und somit den Zollkodex und die derzeitige Durchführungsverordnung zum Zollkodex (ZKDVO) ablösen. Dazu müssen vorab noch die erforderlichen Detailregelungen (delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte) verabschiedet werden.

Die Neuregelungen im UZK sollen das Zollrecht europaweit zukunftsfähig und global wettbewerbsfähig machen. Unternehmen werden interne Zollprozesse anpassen müssen und sind verpflichtet, bis Ende 2020 auf elektronische Verfahren umzustellen. Die rechtlichen Neuerungen des UZK betreffen alle Bereiche, von der vorübergehenden Verwahrung bis zu den besonderen Verfahren. Zudem wird es eine deutliche Aufwertung des AEO geben.

Hinweis: Die IHK wird am 26.08.2015 ein Fachseminar zum Thema UZK anbieten (siehe **Dok-Nr. 2601892** unter www.essen.ihk24.de).

BILDUNG

Zum Praktikum in die USA

Mit dem einjährigen USA-Aufenthalt, einer Kombination aus Collegenbesuch und berufsbezogenem Praktikum, bietet das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) – neben Schülern – auch im nächsten Jahr wieder jungen deutschen Fachkräften die Chance, den „American Way of Life“ vor Ort zu erleben.

Ziel dieses von den Parlamenten der beiden Staaten veranstalteten Austausches ist das Kennenlernen der historischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des anderen Landes und eine Vertiefung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Abgeordnete des Bundestages und Mitglieder des Amerikanischen Kongresses übernehmen für die Dauer des Aufenthaltes die Patenschaft für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ist für die Durchführung des PPP für junge Berufstätige zuständig.

Die Bewerbungsunterlagen für den im August 2016 startenden Austausch können bis zum 11. September 2015 angefordert werden (auch online). Junge Berufstätige, die sich für das Programm bewerben, sollten nach dem 31. Juli 1991 geboren sein, über einige Jahre Unterricht in der englischen Sprache sowie eine bei der Ausreise abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.

Die Bewerbungsunterlagen für den im August 2016 startenden Austausch können bis zum 11. September 2015 angefordert werden (auch online). Junge Berufstätige, die sich für das Programm bewerben, sollten nach dem 31. Juli 1991 geboren sein, über einige Jahre Unterricht in der englischen Sprache sowie eine bei der Ausreise abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen unter www.giz.de/usapp oder www.bundestag.de/ppp



Foto: Thinkstock

eBUSINESS

Neuer Leitfaden zu mobilem Bezahlsystem



Foto: Thinkstock

Das mobile Bezahlsystem (Mobile Payment) ermöglicht ganz neue Spielräume im Konsumverhalten von Kunden. Es bietet auch für kleine und mittelständische Unternehmen eine Option mit großem Potenzial. Zu diesem Thema hat der eBusiness-Lotse Emsland eine kostenlose Broschüre mit dem Titel „Mobile Payment – Die Zukunft des Bezahlers“ veröffentlicht. Sie soll als Einstieg in dieses Thema helfen. Der Leitfaden erläutert unter anderem, wie eine Nutzung mobiler Bezahlsysteme aussehen kann und gibt eine erste Einschätzung zum Stellenwert von Mobile Payment. Zudem beschreibt er die beiden wichtigsten konkurrierenden technologischen Ansätze für kontaktfreies mobiles Bezahlen und stellt ausgewählte Entscheidungskriterien vor. Die Broschüre steht ab sofort im Internet zum Download bereit. www.essen.ihk24.de (Dok.-Nr.: 2579682)

RECHT

Warnung vor Formularfallen

Nach der Eintragung im Handelsregister, einer Nennung in den „Gelben Seiten“ oder der Erstellung einer Homepage erhalten viele Unternehmen Rechnungen oder Offerten für die Registrierung in Datenbanken. Diese Formulare haben Ähnlichkeit mit Rechnungen des Amtsgerichts für Einträge im Handelsregister oder Eintragungsangeboten der deutschen Telekom bzw. von dieser beauftragten Verlage. In letzter Zeit häufen sich zudem auch Formulare für die Erstellung einer Internetseite oder solche zur Erfassung von Umsatzsteueridentifikationsnummern. Derartige Angebote können auch aus dem Ausland kommen.

Gerade während der Ferien- und Urlaubszeit werden solche Dokumente versandt. Die zu dieser Zeit oft unterbesetzten Buchhaltungen laufen dann schneller Gefahr, Rechnungen ohne eingehende Prüfung zu begleichen. Einmal überwiesene Beträge sind jedoch nur mit Mühe und Aufwand zurückzuerlangen, sofern der Überweisungsauftrag bei der Bank nicht mehr storniert werden kann. Die IHK rät daher, insbesondere Anschreiben von Adressbuchverlagen oder amtlich aufgemachte Rechnungen mit nahem Zahlungsziel und beigefügtem Überweisungsträger besonders gründlich zu überprüfen, wobei auch auf die IBAN auf einem etwa beigefügtem Überweisungsträger geachtet werden sollte.

Unter www.essen.ihk24.de, Dok.-Nr. 83146, erhalten Sie weiterführende Informationen, auch zu Vorsorgemaßnahmen.

Glück auf!

Schenken Sie Ihren Kunden ein ganzes Jahr Freude mit unserem Bildkalender „Wir im Revier“ – auf Wunsch mit Ihrem Werbedruck.

Alle Bilder und Informationen:
www.storckverlag.de
Telefon 02 08 / 8 48 02 12

INDUSTRIEBAU

WAS BEDEUTET KOMPETENZ?

www.buehrer-wehling.de

BUHRER+WEHLING
Die Kraft einer starken Lösung

INDUSTRIE

Industrie 4.0 und Digitale Wirtschaft: Neue Broschüre des BMWi

Industrie 4.0 und die Digitalisierung sind die aktuellen Themen der Wirtschaft. Wie die Wirtschaft in Deutschland in den nächsten Jahren aufgestellt sein wird und wie sie sich im internationalen



Wettbewerb behaupten kann, wird entscheidend von dem Prozess der Digitalisierung beeinflusst. Schon heute müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden, damit die Umgestaltung der Wirtschaft erfolgreich verläuft. Dabei spielen Fragen zur Datensicherheit, leistungsfähigen Infrastruktur und innovativen Geschäftsmodellen eine bedeutende Rolle. Viele Maßnahmen und Projekte des Bundesministeriums für Wirtschaft (BWi) zielen darauf ab, diesen Prozess zu unterstützen

und zu begleiten. Dazu wurde nun eine Publikation mit den Maßnahmen und Initiativen des BMWi zur digitalen Transformation zusammengefasst. Diese Broschüre steht im Internet zum Download bereit.

www.essen.ihk24.de (Dok.-Nr.: 2508312)

TERMINE

Essener Steuerforum 2015

03.09.2015 ■ 9.30 – 15.30 Uhr

Aktuelles aus dem Steuer- und Bilanzrecht.

- Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff
- Betriebsprüfung 4.0, wenn der Prüfer mit dem Laptop zur Prüfung erscheint
- Verschärfte Anforderungen an die strafbefreiende Selbstanzeige
- Darstellung ausgewählter Änderungen für Jahres- und Konzernabschlüsse nach Bil-RUG

Weitere Informationen und verbindliche Anmeldungen zur kostenfreien Ganztagesveranstaltung unter www.essen.ihk24.de, Dok.-Nr. 12260487.

STEUERN

Steuerinfo

Die DIHK Steuerinfo, abzurufen unter www.essen.ihk24.de, Dok.-Nr. 4082, Rubrik „Neues vom DIHK“, informiert monatlich über interessante und wichtige Steuerfragen.

Messen

IHK-Ansprechpartnerin: Andrea Henning · Fon 0201 1892-255 · andrea.henning@essen.ihk.de

gamescom

weltweit größte Messe für interaktive Spiele und Unterhaltung
05. bis 09. August 2015 in Köln
660 Aussteller aus 40 Ländern, 340.000 Besucher
www.gamescom.de

EUROBIKE

Internationale Fahrradmesse
26. bis 29. August 2015 in Friedrichshafen
1.400 Aussteller aus 54 Ländern, 66.000 Besucher
www.eurobike.de

Caravan-Salon

Die Nr. 1 für Reisemobile und Caravans
28. Aug. bis 6. Sept. 2015 in Düsseldorf
530 Aussteller aus 21 Ländern, 176.000 Besucher
www.caravan-salon.de

Tendence

Internationale Frankfurter Messe
29. August bis 01. September 2015 in Frankfurt
1.300 Aussteller aus 56 Ländern, 37.000 Besucher
www.tendence.messefrankfurt.com

spoga+gafa

Die Gartenmesse
30. August bis 01. September 2015 in Köln
1.800 Aussteller aus 58 Ländern, 36.000 Besucher
www.spogagafa.de

spoga horse

Internationale Fachmesse für Pferdesport
30. August bis 01. September 2015 in Köln
170 Aussteller aus 21 Ländern, 4.000 Besucher
www.spogahorse.de

HANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN

Foto: Thinkstock



Kaufkraft 2010 und 2015

Mit dieser Ausgabe präsentieren wir erstmalig aktuelle und regionale Marktdaten zur Kaufkraft der Michael Bauer Research GmbH, Nürnberg. Sie beinhaltet das verfügbare Einkommen der Bevölkerung ohne Steuern und Sozialversicherungsabgaben, aber inklusive Transferleistungen. Bei der Ermittlung der Kaufkraftkennziffern flossen die Komponenten wie Nettoeinkommen aus den amtlichen Lohn- und Einkommensteuerstatistiken, Erwerbseinkommen, Renten und Pensionen, Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II, Kindergeld, Sozialhilfe, BAFöG (ohne Darlehen) und Wohngeld ein. Nähere Details, u. a. auch zur einzelhandelsrelevanten Kaufkraft, Einzelhandelszentralität und Sortimentskaufkraft sind im Internet unter www.essen.ihk24.de, Dok.-Nr. 5228, Standortinformationen, zu finden.

	Essen	Mülheim an der Ruhr	Oberhausen	IHK-Bezirk
Bevölkerung 01.01.2010 (Zensus berücksichtigt)				
Anzahl	568.654	167.118	211.696	947.468
Promilleanteil	7,082	2,081	2,637	11,800
Kaufkraft 2010 (aktualisiert)				
in Mio. Euro	11.155,24	3.588,07	3.735,26	18.478,57
Promilleanteil	7,149	2,300	2,394	11,843
Euro pro Kopf	19.617	21.470	17.644	19.503
Kaufkraftindex (D=100)	100,9	110,5	90,8	100,4
Bevölkerung (Prognose 2015)				
Jahresdurchschnitt				
Anzahl	572.553	167.069	209.385	949.007
Promilleanteil	7,049	2,057	2,578	11,683
Haushalte (Prognose 2015)				
Jahresdurchschnitt				
Anzahl	303.575	85.374	106.956	495.905
Kaufkraft 2015				
in Mio Euro	12.367,57	3.982,74	4.095,07	20.445,38
Promilleanteil	6,964	2,243	2,306	11,512
Euro pro Kopf	21.601	23.839	19.558	21.544
Kaufkraftindex (D=100)	98,8	109,0	89,4	98,5

Quelle: Michael Bauer Research GmbH, Nürnberg, 2015

Smit Systemhallen
www.smit-systemhallen.de
Postfach • 48691 Vreden • Tel. 02564 - 801 • Fax 34212

meo

DAS WIRTSCHAFTSMAGAZIN
FÜR MÜLHEIM AN DER RUHR, ESSEN UND OBERHAUSEN

Werbung
in der meo!

Anruf genügt:

0251/690 46 74

Aschendorff
Media & Sales

INDUSTRIEBAU



**KOMPETENZ
BEDEUTET, DAS
BAUEN DEN
FACHLEUTEN ZU
ÜBERLASSEN.**

www.buehrer-wehling.de



BÜHRER+WEHLING
Die Kraft einer starken Lösung



Angebote für Existenzgründer und Jungunternehmer

1. in Essen

Das STARTERCENTER NRW in der Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen ist eine zentrale Anlaufstelle für Existenzgründer. Gründungswillige erhalten dort Informationen, Schulung und Beratung aus einer Hand. Die Angebote sollen helfen, das notwendige Basis-Know-how für den Unternehmensaufbau zu erwerben. Die Beratung der angehenden Nachwuchsunternehmer im STARTERCENTER NRW in Essen erfolgt dabei nach bestimmten Qualitätsstandards, deren Einhaltung durch externe Zertifizierung gewährleistet wird.

Info-Nachmittag „Existenzgründung“ (Existenzgründermeeting)

Einstiegs- und Erstberatung, Gruppenveranstaltung mit Vorträgen verschiedener Fachreferenten der IHK (Themen: Unternehmenskonzept, persönl. Qualifikationen, Rechtsform, Steuern etc.)

Jeden 1. Donnerstag im Monat

Nächste Termine: 06.08.2015, 03.09.2015 14.00 bis ca. 17.00 Uhr
Die Teilnahme ist kostenfrei.

Anmeldung: STARTERCENTER NRW in Essen

Tel.: 0201/1892-143 · E-Mail: startercenter@essen.ihk.de

Die Gründer-Workshops (Zusatzmodule)

- **Finanzamt im Dialog**
Mitarbeiter des Finanzamts erläutern steuerliche Pflichten für Unternehmer
09.09.2015, 16.15 bis 18.15 Uhr
11.11.2015, 16.15 bis 18.15 Uhr
- **Rentenversicherung: Tipps für Selbstständige**
09.09.2015, 15.00 bis 16.00 Uhr
11.11.2015, 15.00 bis 16.00 Uhr
- **Kranken-/Sozialversicherung, Altersvorsorge**
08.09.2015, 16.15 bis 17.45 Uhr
10.11.2015, 16.15 bis 17.45 Uhr
- **Betriebliche Versicherungen**
08.09.2015, 14.30 bis 16.00 Uhr
10.11.2015, 14.30 bis 16.00 Uhr
- **Gründungs- und Festigungsfinanzierung**
17.09.2015, 16.00 bis 18.00 Uhr
26.11.2015, 16.00 bis 18.00 Uhr
- **Erfolg beginnt beim Unternehmensnamen**
27.10.2015, 14.00 bis 16.00 Uhr
- **Vom richtigen Auftreten und Verkaufen seiner Idee**
25.08.2015, 15.00 bis 17.00 Uhr
- **Erfolgsfaktor Zielgruppenorientierung beim Marketing**
01.09.2015, 16.00 bis 17.30 Uhr
- **IT-Wissen für Existenzgründer – Was ist beim EDV-Einsatz zu berücksichtigen**
22.10.2015, 14.15 bis 15.45 Uhr
- **Buchführungs- und Steuertipps für Existenzgründer und Jungunternehmer**
16.09.2015, 15.00 bis 18.00 Uhr
25.11.2015, 15.00 bis 18.00 Uhr
- **Auftreten im Rechtsverkehr - Rechtsformen und der Schutz des Unternehmens als „Marke“**
30.09.2015, 14.00 bis 15.30 Uhr
- **Rechtliche Tipps für Unternehmer/- innen**
30.09.2015, 16.00 bis 18.00 Uhr

Anmeldung: STARTERCENTER NRW in Essen

Tel.: 0201/1892-143 · E-Mail: startercenter@essen.ihk.de

Alle Veranstaltungen finden in der IHK zu Essen, Am Waldthausenpark 2, 45127 Essen (Stadtmitte), statt. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Vielfältige Informationsschriften

zum Thema Selbstständigkeit (Finanzierungshilfen, soziale Absicherung etc.)

Ansprechpartner im STARTERCENTER NRW in Essen:

Eugenia Dottai Tel.: 0201/1892-293

Magdalena Ihlenfeld Tel.: 0201/1892-229

Jutta Schmidt Tel.: 0201/1892-121

2. Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen

Existenzgründungs- und Nachfolgebörsen

Gründer suchen Unternehmen, Unternehmer suchen Gründer über www.nexxt-change.org

Erfinderberatung

Jeden 2. Donnerstag im Monat, nächste Termine: 09.07.15, 13.08.15 16:30 bis 18:30 Uhr, IHK, Anmeldung erbeten

Franchise-Gründerberatung

Die IHK bietet eine kostenlose Eingangsberatung für Personen an, die sich im Wege des Franchising selbstständig machen möchten. Die Beratung durch einen Experten findet an folgendem Termin statt: 01.09.2015, 8:00 bis 16:30 Uhr, Anmeldung erbeten

Gründerbetreuung und Coaching

SENIOR Consult Unternehmensbegleitung e. V. unterstützt durch berufserfahrene, ehrenamtlich tätige Senior-Experten Existenzgründer und Jungunternehmen bei der Bewältigung betrieblicher Fragen und Entwicklungsproblemen.



3. STARTERCENTER NRW in Oberhausen und Mülheim an der Ruhr

Info-Nachmittag „Existenzgründung“

Jeden 3. Donnerstag im Monat von 14:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr
in Oberhausen nächster Termin: 24.09.2015,
in Mülheim nächster Termin: 20.08.2015

Intensiv-Workshop „Existenzgründung“

In dieser Veranstaltung steht die praktische Erstellung eines Gründungskonzepts mit den notwendigen Planungen in den Bereichen Marketing, Finanzen, Liquidität, Rentabilität etc. im Vordergrund. Ferner wird ein Unternehmercheck durchgeführt, der hilft, persönliche Stärken und Schwächen zu erkennen. Der Workshop umfasst drei Termine zu je vier Stunden.

Kosten: 100 Euro

Nächste Termine in Mülheim: 24.08.2015; 31.08.2015;
07.09.2015, 16.00 bis 20.00 Uhr

Anmeldung: Tel.: 0208 4848-51

Existenzgründer-/Nachfolgebörse

Mit ihrer Existenzgründer- und Nachfolgebörse hilft die Industrie- und Handelskammer zu Essen (IHK), motivierte Nachfolger und übergabebereite Unternehmer zusammenzubringen. Die IHK koordiniert als zentrale Kontaktstelle Unternehmensangebote und -nachfragen, gibt die Vermittlungswünsche in eine online geführte, bundesweite Börse ein und führt die Interessen zusammen. Die Inseratsangaben beruhen auf Eigenauskünften der Unternehmen und Existenzgründer. Die Börse im Internet: www.nexxt-change.org

Ihre Ansprechpartnerin bei der IHK ist: Magdalena Ihlenfeld, Fon: 0201 1892-229, E-Mail: magdalena.ihlenfeld@essen.ihk.de

Angebote und Nachfragen in der Börse für Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

ANGEBOTE (Auszug):

www.muesli.de **Domain und Internetshop mit Produktion** sucht Nachfolger · Kleine Bio-Manufaktur mit 40.000 € bis 55.000 € Umsatz p.a. sucht Nachfolger. Produktionsstandort momentan Oberhausen (Ruhrpott). Wir mischen frische Müslis genauso wie der Kunde es haben möchte! CUSTOMIZED ist hier das Schlagwort. Alle Waren werden in Bio-Qualität verarbeitet. Alle Müslis werden, wie es sich für eine Manufaktur gehört, in Handarbeit gefertigt! Sie sollten eine Affinität zu gesunder Ernährung haben und ein Gespür für Qualität. Erst dann kann man die Kunden mit nahezu perfekter Ware zufrieden stellen. Bei uns läuft alles klein aber fein ab. Unsere Produktion, so wie die Lagerung, sind übersichtlich und kostengünstig gestaltet. Newsletter können bzw. dürfen wir an ca. 1.000 Kunden senden und Facebook freut sich über ca. 800 Likes. Haben wir Ihren Geschmack getroffen, so freuen wir uns auf Ihr Interesse. →E-599A

Wäscheboutique – Dessous, Wäsche, Swim-Beach- & Homewear im Herzen des Ruhrgebietes sucht Nachfolgerin · Biete modisch, dynamischer Bewerberin Chance zur Selbstständigkeit in einem angenehmen Ambiente. Seit über 20 Jahren erfolgreich am Markt, mit einer Stammkundendatei von über 600 Adressen. Das Ladenlokal liegt im Essener Süden, hat eine neuwertige Einrichtung (2012) und ein exklusives, hochwertiges Warenangebot. Falls gewünscht, Einarbeitung und Begleitung nach der Übernahme durch die Inhaberin. →E 600 A

Naturkost-Bioladen mit Vollsortiment in guter Lage abzugeben. Der Bioladen verfügt über eine nette Stammkundschaft, eine schöne und stilvolle Inneneinrichtung und liegt in einem eigenständigen Ortsteil mit funktionierender Einzelhandelsinfrastruktur →E 601 A

Blumengeschäft zu verkaufen · Nachfolger für alteingesessenes Blumengeschäft gesucht. Mein seit 20 Jahren bestehendes Blumengeschäft mit festem Kundenstamm großer Außenfläche, Kühlhaus und Klimaanlage möchte ich aus persönlichen Gründen verkaufen. Preis VB. Weitere Auskünfte gerne bei ernsthaftem Interesse. →E 603 A

Zerspanungsbetrieb im westlichen Ruhrgebiet · Kleiner, alteingesessener Betrieb mit interessanten Kundenbeziehungen. CNC-Maschinenpark, gute Auslastung, regional orientiert (kurze Wege zum Kunden). Gesucht wird ein „pffiffiger“ Nachfolger, der sich nicht scheut, ein bisschen die ausgetretenen Pfade zu verlassen. Melden Sie sich, ich verspreche ein interessantes Gespräch.

→E 606 A

Lottoannahmestelle · Alteingesessene Lottoannahmestelle mit Tabakwaren, Presse, Geschenkartikel, Fahrkarten, Grußkarten und Paketshop aus Altersgründen abzugeben. Stadt nah, hoher Stammkundenanteil. Abstand und Warenübernahme nach Inventur. Kapitalnachweis erforderlich. →E 610 A

NACHFRAGEN (Auszug):

Café mit Möglichkeiten zum Verkauf zur Übernahme gesucht · Für meine Kombination Café und Mode suche ich im Raum Essen/Bochum/Düsseldorf ein geeignetes Café zur Übernahme. Als gastronomieerfahrene Kommunikationswirtin mit guten betriebswirtschaftlichen und kaufmännischen Kenntnissen suche ich ein Café zur Übernahme, das ebenfalls die Möglichkeiten zum Verkauf von Mode bietet. Vorwiegend interessant ist hier der Raum Essen/Bochum/Düsseldorf. Ich freue mich auf Ihre Nachrichten. →E 281 N

Hausverwaltung gesucht · Ich suche eine gut im Markt eingeführte Hausverwaltung, wo ich im Rahmen einer Nachfolge eintreten kann. Ich bin Immobilienfachwirt und seit geraumer Zeit in der Bestandsbewirtschaftung tätig. Nun suche ich eine neue Herausforderung und möchte mich gerne selbstständig machen. Aus diesem Grund suche ich eine gut eingeführte Hausverwaltung, die ich im Rahmen einer Nachfolgeregelung übernehmen kann. →E 287 N

TEPE SYSTEMHALLEN

Satteldachhalle Typ SD10
10,00m Breite, 21,00m Länge

- Traufe 3,50m, Firsthöhe 4,00m
- mit Trapezblech, Farbe: AluZink
- incl. Schiebetor 3,00m x 3,20m
- feuerverzinkte Stahlkonstruktion
- incl. prüffähiger Baustatik

Aktionspreis € 17.500,-
ab Werk Buldern; excl. MwSt.

Schneelastzone 2, Windzone 2, a. auf Anfrage



Mehr Infos

www.tepe-systemhallen.de · Tel. 0 25 90 - 93 96 40



Wuppertal

www.marcustransport.de

- Maschinentransporte
- Betriebsumzüge
- Hallenmobilkrane 12 - 60 t
- Gabelstaplermietflotte 1-27t
- Gabelstaplerservice

Zum Alten Zollhaus 20-24 42281 Wuppertal



Tel 0202-27041-0
Fax 0202-708546



Derzeit geht rund die Hälfte der britischen Exporte in die EU.

Foto: Thinkstock by Getty Images

DIHK warnt vor Unsicherheit durch Brexit-Diskussion

Brüssel. Als eine seiner ersten Amtshandlungen hat der wiedergewählte britische Premierminister Cameron das EU-Referendum auf den Weg gebracht. Der DIHK warnt vor den Folgen eines EU-Austritts Großbritanniens. Die EU würde den wichtigsten Fürsprecher für freien und fairen Wettbewerb und Freihandel verlieren. Und Großbritannien würde den Zugang zum Binnenmarkt verlieren – das EU-Projekt, das für sie am wichtigsten ist. Derzeit geht rund die Hälfte der britischen Exporte in die EU. Bei einem Austritt müsste Großbritannien neue Abkommen mit der EU verhandeln und schlimmstenfalls wieder Zölle entrichten. Auch Londons Rolle als führender europäischer Finanzplatz käme ins Wanken.

EU-Kommission stellt Konzept zu Bürokratieabbau vor



Foto: Thinkstock by Getty Images

Der DIHK fordert mehr Bürokratieabbau und eine bessere Rechtsetzung.

Brüssel. Die neue EU-Kommission will offenbar ihre Ankündigung wahr machen und die Zahl der Gesetzesvorhaben spürbar einschränken. Der eigens für Bürokratieabbau zuständige Erste Vizepräsident Frans Timmermans hat am 19. Mai sein Konzept zu „Better Regulation“ vorgestellt. Schwerpunkte sind dabei eine unabhängige Folgenabschätzung von Gesetzesvorhaben im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses und die stärkere Einbeziehung von Interessengruppen. Damit folgt die EU-Kommission auch den Forderungen des DIHK zu mehr Bürokratieabbau und einer besseren Rechtsetzung.

Erbschaftsteuerpläne nachbessern!

Berlin. Der Referentenentwurf zur Erbschaftsteuer vom 01.06.2015 wird – trotz der vom DIHK vorgelegten Rechtsgutachten und guten Argumenten der Wirtschaft – nicht den Belangen des Mittelstandes und der Bedeutung der Familienunternehmen gerecht. Immerhin wurde der Grenzwert von 20 Mio. Euro für „große“ Unternehmen bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auf 40 Mio. Euro angehoben. Damit wurde zumindest in kleinen Schritten einer Forderung des DIHK nachgekommen. Die Verdoppelung des Grenzwertes ist aber gebunden an der Einhaltung von qualitativen Kriterien, wie z. B. typischen Verfügungsbeschränkungen der Gesellschafter von Familienunternehmen. Der DIHK fordert ebenfalls, qualitative Kriterien bei der Erbschaftsteuer zu prüfen, allerdings im Rahmen der Verschonungsbedarfsprüfung. Die Berücksichtigung dieser Kriterien nunmehr beim Grenzwert ist im Vergleich zu den bisher bekannten Eckpunkten positiv, allerdings ist die Umsetzung durch den Entwurf viel zu bürokratisch, nicht rechtssicher und nicht praxisgerecht. Das gilt auch für das Wahlrecht, wenn eine Übertragung den Wert von 20 bzw. 40 Mio. Euro übersteigt. Denn bei der vorgesehenen Verschonungsbedarfsprüfung wird noch immer das Privatvermögen des Erben einbezogen und die alternativ angebotenen Verschonungsabschläge sind viel zu niedrig. DIHK-Präsident Eric Schweitzer hält Korrekturen am Referentenentwurf für zwingend notwendig: „Wenn die Erbschaftsteuer so kommt, wird die Übertragung von Unternehmen zu erheblichem Substanzverlust führen.“

DIHK warnt vor Benachteiligung der Stromeigenerzeugung

Berlin. Die Wirtschaftlichkeit von Stromerzeugung für den Eigenverbrauch ist massiv gefährdet, warnt der DIHK. Hintergrund: Mit der nächsten EEG-Novelle 2016 will das Bundeswirtschaftsministerium die Förderung erneuerbarer Energien umstellen. Haben bisher alle Anlagenbetreiber einen Anspruch darauf, so wird künftig über eine Ausschreibung entschieden, welche Investitionen noch eine Förderung erhalten. Hier ist im Gespräch, nur noch Photovoltaik-Dachanlagen zuzulassen, die vollständig ins öffentliche Netz einspeisen. Der sinnvolle Einsatz der Photovoltaik ist aber vor allem der Stromverbrauch direkt am Ort der Erzeugung. Deshalb dringt der DIHK darauf, die Kombination aus Eigenerzeugung und Einspeisung der Reststrommengen weiter zu ermöglichen.

Gemeinsames Forum von Bundesbank und IHK

Erstmals luden die IHK und die Deutsche Bundesbank zu einem gemeinsamen Forum ein. Margarete Müller, Präsidentin der Hauptverwaltung in Nordrhein-Westfalen der Deutschen Bundesbank, sprach in ihrem Vortrag „Schwarze Null trotz klammer Kassen? – Umgang mit der Staatsverschuldung“ u. a. über aktuelle und künftige Herausforderungen der Staatsfinanzen und darüber, wie eine Neuordnung der öffentlichen Haushalte und der Ausgleichsmechanismen gelingen könnte.

Von links: Gerd Wißling (Deutsche Bank, Niederlassung Essen), IHK-Präsidentin Jutta Kruff-Lohrengel, Margarete Müller, IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerald Püchel



Foto: IHK

Foto: IHK



Die Ausbildungsbotschafter Rolf Rüttermann, Ursula Hauenherm, Hans-B. Kleckel mit Hans Michaelßen (von links).

Botschafter für Ausbildung und Fachkräfte unterwegs

Auch 2015 setzt die IHK drei „Ausbildungsbotschafter“ ein, die bei Unternehmen in Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen für mehr Ausbildungsplätze werben. Denn die Lage am Ausbildungsmarkt ist unverändert angespannt: Viele Unternehmen haben Schwierigkeiten, geeignete Bewerber zu finden.

„Angesichts rückläufiger Schulabgänger- und Bewerberzahlen sind die Betriebe gefragt, Engpässen durch frühzeitige Personalgewinnung entgegen zu wirken. Daher stehen neben dem Thema Berufsausbildung dieses Jahr auch die Themen Fachkräftegewinnung und Fachkräftesicherung im Mittelpunkt“, so Hans Michaelßen, Geschäftsführer der IHK zu Essen.

Steuerausschussitzung

In der Steuerausschussitzung referierten Mario Becker und Dr. Jens Escher von KPMG Essen und Düsseldorf über die mögliche Ausgestaltung der zukünftigen Erbschaftsteuer, basierend auf dem Urteil des BVerfG vom 17.12.2014. Überdies informierte Harald von Frantzki, Vorsteher des Finanzamtes für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung Essen, über die „Steuerverfehlungen durch Unternehmen“. Beide Vorträge wurden mit lebhaften Diskussionsbeiträgen der zahlreichen Teilnehmer und Gäste begleitet.

Von links nach rechts: Dr. Jens Escher, Mario Becker, Harald von Frantzki und Ulrich Komander, Vorsitzender des IHK-Steuerausschusses.



Foto: IHK



Im Rahmen der Jahrespressekonferenz stellten IHK-Präsidentin Jutta Krufft-Lohregel und IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerald Püchel die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage vor.

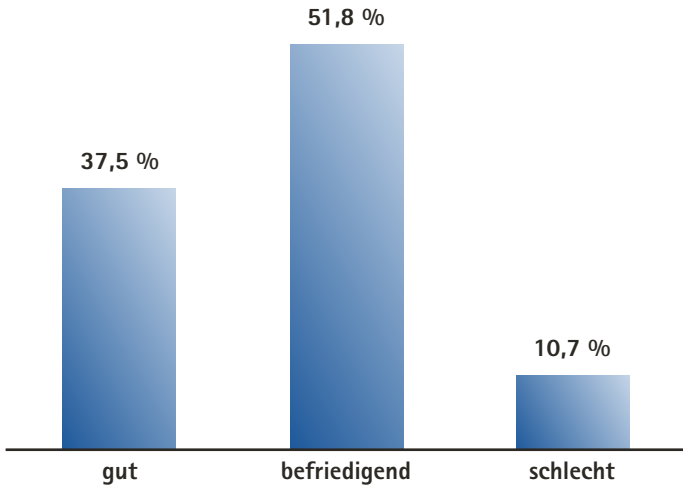
Jahrespressekonferenz Wirtschaftsregion MEO wieder im Aufschwung

Die Stimmung der Wirtschaft in Essen, Oberhausen und Mülheim an der Ruhr steigt wieder: „Fast 90 Prozent der Betriebe bewerten ihre aktuelle Geschäftslage mit befriedigend oder gut. Das ist ein positives Ergebnis im Vergleich zum Jahresbeginn.“

Mit dieser aussichtsreichen Zusammenfassung eröffnete IHK-Präsidentin Jutta Krufft-Lohregel die Jahrespressekonferenz der IHK zu Essen. Die Ergebnisse beruhen auf der aktuellen Online-Umfrage unter den Unternehmen der MEO-Region. Im Mittelpunkt der Umfrage standen die konjunkturelle Einschätzung

der Betriebe in den Städten Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und die Erfahrungen mit dem Mindestlohn. Aus Sicht der IHK fiel das Ergebnis insgesamt positiv aus: Denn die Mehrheit der Unternehmen sehen ihre aktuelle geschäftliche Situation als gut oder zumindest befriedigend.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage Ihres Unternehmens?



Wie schätzen Sie die wirtschaftliche Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten im Vergleich zur gegenwärtigen Lage ein?

Die wirtschaftliche Lage wird

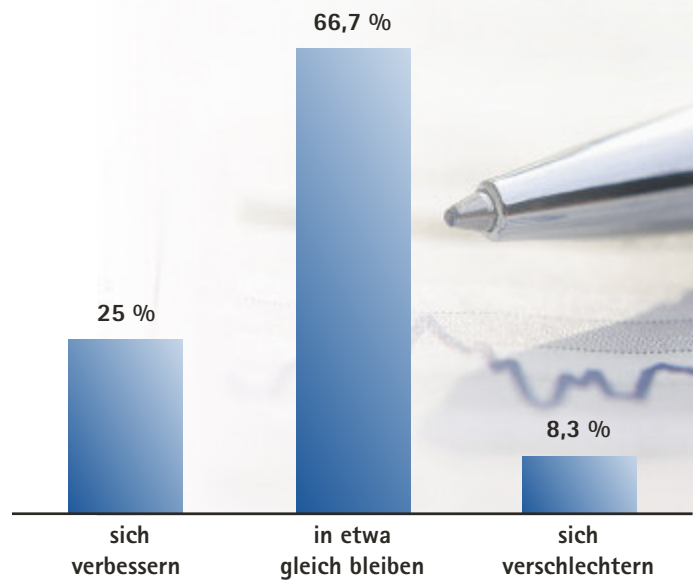
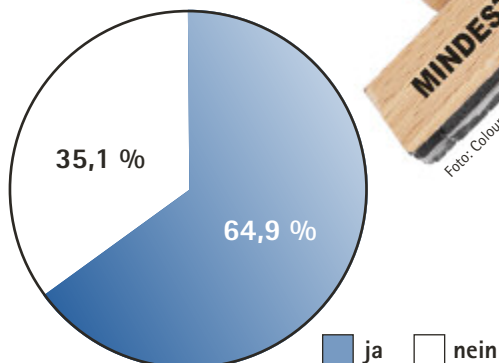


Foto: Thinkstock

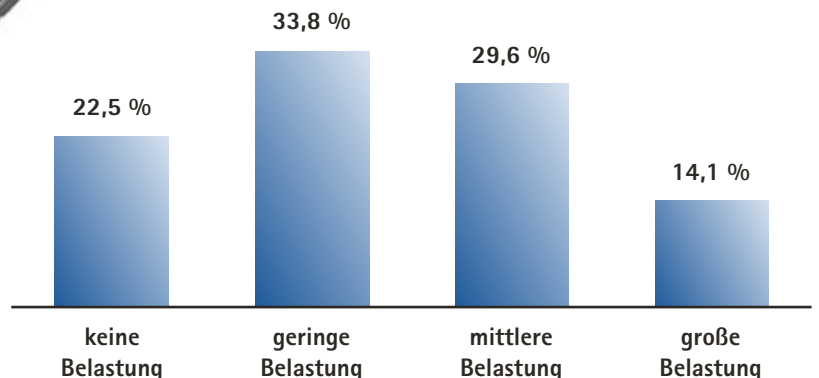
Konkret heißt das: Mit knapp 52 Prozent beurteilte mehr als die Hälfte der Unternehmen ihre wirtschaftliche Lage befriedigend, mehr als jedes Dritte sogar mit gut. 2014 war es ein Prozentpunkt mehr (38,5 Prozent), die ihre aktuelle Situation mit gut beurteilten. Unverändert blieben die zehn Prozent, die ihre Lage mit schlecht bewerten. Ein Blick auf die Ergebnisse der Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn verrät gleichzeitig, dass sich die Stimmungslage seitdem etwas verbessert hat. Dies gilt auch für die Geschäftsaussichten: Exakt ein Viertel der Betriebe geht davon aus, dass sich ihre wirtschaftliche Lage noch verbessern wird.

Zwei Drittel aller Betriebe erwarten, dass ihre wirtschaftliche Lage in etwa gleich bleiben wird. Hier ist die Zahl gegenüber dem Frühjahr 2014 leicht gesunken. Aber im Vergleich zum Jahresbeginn steigt die Stimmungslage. Einen Wehrmutsstropfen gibt es dennoch: 8 Prozent der befragten Unternehmen erwarten eine Verschlechterung ihrer Geschäftslage. „Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportgebunden. Fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab. Die Ukraine- und andere Krisen in der Welt wirkten sich demzufolge ebenso aus wie Deflationsgefahren im Euro-Raum. Darüber hinaus trugen neue

Findet das Mindestlohngesetz in Ihrem Unternehmen Anwendung?



Welche Belastungen durch mehr Bürokratie bringt das Gesetz für Ihr Unternehmen?



Lasten wie zum Beispiel der Mindestlohn zur Verunsicherung der Unternehmer bei“, erklärte Kruft-Lohrengel.

Apropos Mindestlohngesetz: Seit Januar 2015 gilt in Deutschland ein flächendeckender allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro brutto pro Stunde. Knapp vier Millionen Arbeitnehmer sind davon betroffen. „Uns interessierte der damit verbundene finanzielle und bürokratische Aufwand“, so die IHK-Präsidentin.

Knapp zwei Drittel der Befragten gaben an, dass der Mindestlohn in ihrem Unternehmen angewandt wird. Von diesen mussten mehr als 40 Prozent die Entgelte erhöhen. Für mehr als 86 Prozent bedeutet der Mindestlohn nur geringe bis mittlere finanzielle

Auswirkungen. Kruft-Lohrengel: „Dieses Ergebnis ist für uns ein Zeichen, dass die Auswirkungen des neuen Gesetzes zum aktuellen Zeitpunkt nicht den vorhergesagten Warnungen der Ökonomen und Arbeitsmarktforscher entsprechen.“ Nichtsdestotrotz: 77 Prozent der Unternehmen müssen seit der Einführung des Gesetzes einen bürokratischen Mehraufwand bewältigen. Es bleibt die Frage: Ist der Mindestlohn ein Bürokratiemonster?

Neuigkeiten bescherte auch die aktuelle Ausbildungssituation in der MEO-Region. Leider fällt sie nicht so positiv aus wie erhofft. Dies wird sich voraussichtlich auch bis zum Ende des Ausbildungsjahres am 30. September nicht ändern. Die Zahlen im Detail:

Neue Bevölkerungsprognose vorgelegt - Leichte Steigerung erkennbar

Die höchste Einwohnerzahl der MEO-Region in ihrem heutigen Gebietszuschnitt von rund 379 km² wurde im Jahr 1963 erreicht. Damals lebten in Essen, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen insgesamt rund 1,2 Mio. Menschen. Danach sank – von Schwankungen abgesehen – die Bevölkerungszahl kontinuierlich und erreichte zuletzt 946.000. Die in mehrjährigen Abständen herausgegebenen Bevölkerungsprognosen von „Information und Technik NRW“ sprachen lange Zeit für eine Fortsetzung dieses Trends. In der nun aktuell vorgelegten Analyse wird eine Prognose bis zum Jahresanfang 2040 gewagt. Danach wird die MEO-Region wieder leicht an Einwohnern gewinnen. Zwar wird nach wie vor ein hoher Sterbeüberschuss zu verzeichnen sein, dieser wird jedoch durch einen deutlich positiven Wanderungssaldo überkompensiert.

Insgesamt wird die MEO-Region danach im Jahr 2040 eine Einwohnerzahl von 949.100 haben (+0,4 Prozent gegenüber 2014), während NRW 0,5 Prozent verliert. Deutliche Verschiebungen wird es in der Altersstruktur geben. Im Jahr 2040 werden nach wie vor 126.000 Einwohner im Alter von 0-16 Jahren hier wohnen, die erwerbsfähige Bevölkerung (16-65 Jahre) nimmt dagegen um 7 Prozent ab, während die Seniorenzahl (65 Jahre und älter) um 22 Prozent steigt.

Bevölkerungsentwicklung 2014-2040

Stadt/Region	01.01.14	01.01.40	Veränderung in %
Essen	569.900	590.200	+3,6
Mülheim an der Ruhr	166.600	160.200	-3,9
Oberhausen	209.100	198.700	-4,9
MEO-Region	945.600	949.100	+0,4
Ruhrgebiet (RVR)	5.045.700	4.850.200	-3,9
NRW	17.571.900	17.491.100	-0,5

Bevölkerung nach Altersgruppen 2014-2040

Stadt/Region	Bevölkerung, davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	Jahr	insgesamt	0-6	6-16	16-65	65 und mehr
Essen	2014	569.900	28.000	47.800	369.500	124.500
	2040	590.200	28.700	51.600	361.300	148.500
Mülheim an der Ruhr	2014	166.600	8.000	14.000	104.700	40.000
	2040	160.200	7.200	13.500	90.400	49.100
Oberhausen	2014	209.100	9.800	18.400	136.500	44.500
	2040	198.700	8.500	16.800	116.100	57.400
MEO-Region	2014	945.600	45.800	80.200	610.700	209.000
	2040	949.100	44.400	81.900	567.800	255.000
NRW	2014	17.571.900	887.600	1.653.700	11.425.100	3.605.400
	2040	16.522.400	767.800	1.359.400	9.426.200	4.969.000

Insgesamt wurden 1.741 Verträge in der MEO-Region abgeschlossen; 1.189 in Essen, 307 in Mülheim an der Ruhr, 245 in Oberhausen.

Momentaner Lichtblick sind die Industriekaufleute – hier stieg die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge. „Der demografische Wandel wird den Fachkräftemangel noch verstärken. Unser Ziel bleibt, diesen Trend noch zu wenden. Große Hoffnung setzen wir auf unsere drei ehrenamtlichen Ausbildungsplatzakquisiteure und den Aufruf unserer Vollversammlung an die Unternehmen, ihre freien Ausbildungsplätze an die Arbeitsagenturen zu melden. Denn Ausbilden heißt Zukunft sichern“, betonte die IHK-Präsidentin.

Ein Blick auf die langfristige wirtschaftliche Entwicklung zeigt, dass die MEO-Region in den letzten Jahren und auch noch aktuell „einen guten Lauf“ hat. Insbesondere die Stadt Essen profitiert vom Zuzug großer Unternehmen sowie dem Bau neuer Unternehmenszentralen wie dem der Funke-Gruppe oder der Firma Schenker. Sowohl Oberhausen als auch Mülheim an der Ruhr sind seit der Jahrtausendwende bei der Beschäftigung von Sozialversicherungspflichtigen durchgestartet.

„Herbe Rückschläge erleidet derzeit jedoch Mülheim an der Ruhr“, verwies IHK-Hauptgeschäftsführer

Dr. Gerald Püchel auf die Auswirkungen der Energiewende. „Die aktuellen Entwicklungen bei Siemens Energy und Europipe beobachten wir mit großer Sorge. Hier sind verlässliche politische Rahmenbedingungen ebenso gefordert wie die Erschließung neuer Märkte für die betroffenen Unternehmen.“

Ein aktuelles Kernthema, das Politik und Wirtschaft gleichermaßen beschäftigt, sind die mangelnden Gewerbeflächen in der MEO-Region. „Bis zum Jahr 2030 werden rund 625 Hektar Gewerbe- und Industrieflächen in der MEO-Region benötigt. Zur Verfügung stehen jedoch bestenfalls 206 Hektar. Die anhaltende Verweigerungshaltung vor Ort macht uns ratlos: Wo immer Baupläne auftauchen, stehen die Bürgerinitiativen bereits parat. Offenbar gibt es hier noch ein Erkenntnisproblem. Aufgrund langer Planungshorizonte können wir uns einen solchen Stillstand aber nicht leisten“, schlussfolgerte der IHK-Hauptgeschäftsführer.

Stattdessen sollte die MEO-Region eine wachsende, innovative Region sein: Dafür brauche es neue Gewerbe- und Wohnungsbaugebiete – denn auch diesen würden angesichts wachsender Einwohnerzahlen knapper –, die konsequente Nutzung von Baulücken und einen innovativen Umgang mit vorhandenem Baubestand. ■



Gerhard Schreiner



Kai Brinkmann



Michael Rest

Typisch Ford:
**lädt viel,
braucht wenig**

**FORD TRANSIT
KASTENWAGEN LKW BASIS**

ESP, Beifahrer-Doppelsitz, Seitenwandverkleidung, halbhoch, 4-fach verstellbarer Fahrersitz

monatliche Leasingrate

€ **179,-¹**



Abbildung zeigt Wunschausstattung gegen Mehrpreis.



MOHAG Motorwagen-Handelsgesellschaft mbH
45881 Gelsenkirchen · Grothusstraße 18 · Herr Schreiner: Tel. 0209 36004-27
45141 Essen · Herzogstraße 1 · Herr Brinkmann: Tel. 0201 361361-50
45659 Recklinghausen · Rottstraße 116 · Herr Rest: Tel. 02361 5804-176



¹Monatliche Leasingrate zuzüglich 19 % Mehrwertsteuer, ohne Anzahlung, Laufzeit 48 Monate, Gesamtfahrleistung 40.000 km, zuzüglich 840€ Frachtkosten zuzüglich 19 % Mehrwertsteuer. Ein Angebot der Regeda GmbH, Willy-Brandt-Allee 50, 45891 Gelsenkirchen. Angebot gilt für einen Ford Transit Kastenwagen LKW Basis 290 L2, 2,2-l-TDGI 74kW (100 PS).



Milliardenumsatz und Arbeitsplätze fürs Revier

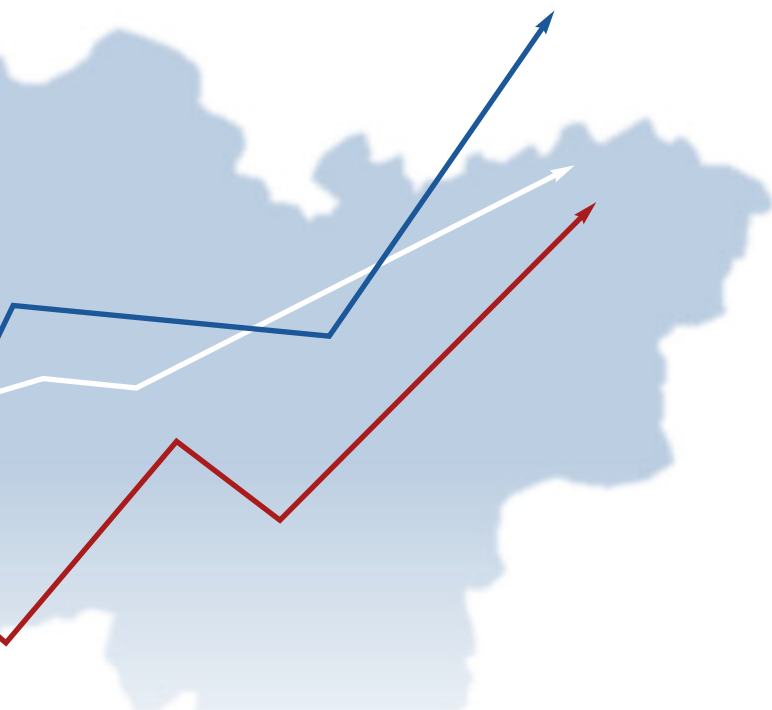
Wirtschaftsfaktor Wissenschaft

Rechnet sich die Wissenslandschaft Ruhrgebiet auch ökonomisch? Nach einer Studie des Instituts für angewandte Innovationsforschung e. V. an der Ruhr-Universität Bochum (IAI) haben die Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstitute der Metropole Ruhr in 2013 knapp 2,5 Milliarden Euro Umsätze ausgelöst – Tendenz steigend. Mit fast 25.000 direkt Beschäftigten ist die Wissenschaft zudem einer der größten Arbeitgeber im Ballungsraum. Insgesamt profitieren 50.000 Beschäftigte vom Wissenschaftssystem im Ruhrgebiet.

Das sind erste Zahlen zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Wissenslandschaft Ruhrgebiet. Die Studie hat der Regionalverband Ruhr (RVR) mit finanzieller Unterstützung Ruhr-IHKs, des Initiativkreises Ruhr sowie der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr in Auftrag gegeben.

RVR-Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel, Hauptgeschäftsführer i. V. Christoph Burghaus der IHK Mittleres Ruhrgebiet in Bochum und Professor Dr. Bernd Kriegesmann, Präsident der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen sowie Leiter des IAI stellten die Studie Anfang Juni vor.

Karola Geiß-Netthöfel zog ein erstes Fazit: „Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen garantieren der Metropole Ruhr erhebliche ökonomische Effekte, die längst noch nicht ausgeschöpft sind. Dazu müssen jedoch die Rahmenbedingungen verbessert werden. Angemessene Betreuungsrelation, mehr Spitzenforschung. Zweck der Studie ist es daher, allen Verantwortlichen in Bund und Land wissenschaftliche Fakten zu liefern. Auf der Basis kann genau dort der politische Hebel angesetzt werden, wo man die Entwicklung der Wissenslandschaft effektiv vorantreiben muss. Wir werden die Ergebnisse dieser Studie mit allen regionalen Akteuren diskutieren und eine gemeinsame politische Meinungsbildung herbeiführen. Der nächste Wissensgipfel im September ist hierfür eine hervorragende Gelegenheit, Strategien abzustimmen und die nächsten Schritte einzuleiten.“



Hochschulstandort mit den meisten Studierenden

Die Metropole Ruhr ist der größte Hochschulstandort in Deutschland. Mit deutlich über 250.000 Studierenden lässt das Ruhrgebiet alle anderen Metropolregionen wie Berlin, München oder Hamburg hinter sich. Damit ist die Wissenschaftslandschaft ein interessantes Umfeld für expansions- und innovationsorientierte Unternehmen und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen stehen für knapp 2,5 Milliarden Euro, die in der Metropole Ruhr nachfragewirksam werden. Dabei hängen 1,7 Milliarden Euro direkt an Investitions- und Sachausgaben der Wissenschaftseinrichtungen sowie Konsumausgaben der Beschäftigten und Studierenden. Weitere 770 Millionen Euro Umsatz entstehen in vielen anderen Branchen wie Wohnungswirtschaft, Handel, Gastronomie, Handwerk etc.

Dabei ist nicht zu unterschätzen, dass die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen insbesondere über Forschungstätigkeiten Mittel aus der EU oder dem übrigen Deutschland in die Region holen. Jeder Euro aus der Grundfinanzierung des Landes erzeugt 29 Cent Drittmittel.

Mehr Hochschulpersonal nötig

Diese regionalökonomischen Effekte schlagen sich auch in spürbarer Beschäftigung nieder. Etwa 25.000 Menschen sind direkt in Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und an Studierendenwerken beschäftigt. Weitere 22.000 Arbeitsplätze in anderen Branchen werden durch die ausgelöste Nachfrage gesichert bzw. geschaffen. Doch das Entwicklungspotenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft. Würde etwa die im Bundesdurchschnitt realisierte Betreuungsrelation von wissenschaftlichem Personal zu Studierenden auch an Ruhrgebietshochschulen umgesetzt, entstünden zusätzliche Nachfrage- und Beschäftigungseffekte.

Doch nicht allein diese Effekte hat Christoph Burghaus im Blick, wenn er eine spürbare Erhöhung der Betreuungsrelation an den Ruhrgebiets-Hochschulen fordert: „Der Wirtschaft geht es in erster Linie um eine praxisnähere Lehre an den Hochschulen. Die aktuelle DIHK-Umfrage zu den Erwartungen der Wirtschaft an Hochschulabsolventen belegt schmerzhaft, dass einer erheb-

lichen Zahl von Studierenden das nötige Rüstzeug für die Arbeit im Betrieb fehlt. Wenn sich deutlich mehr wissenschaftliches Personal um die Studierenden kümmern würde, könnten in den Hochschulen viel mehr praxisnahe Projekte angestoßen werden, als dies derzeit der Fall ist.“

Mehr außeruniversitäre Spitzenforschung gefragt

Weitere Optionen bieten Perspektiven: Während die Metropole Ruhr der größte Hochschulstandort in Deutschland ist, hat die Anzahl der außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht Schritt gehalten. Hier bewegt sich das Ruhrgebiet bei der Beschäftigtenzahl in Instituten der großen Forschungsgemeinschaften etwa auf dem Niveau des Bundeslandes Bremen.

Karola Geiß-Netthöfel und Christoph Burghaus sind sich einig: „Bei aller Zufriedenheit über unsere dichte Hochschullandschaft müssen wir zugeben, dass wir in Teilen der Metropole Ruhr in Bezug auf die Anzahl außeruniversitärer Forschungseinrichtungen noch Nachholbedarf haben.“ Die Wissensmetropole Ruhr bedarf weiterer renommierter Institute wie Max-Planck und Fraunhofer. Gerade solche Forschungseinrichtungen generieren überdurchschnittlich Drittmittel, sorgen für herausragende ökonomische Effekte an ihren Standorten und sind für die weitere technologische Entwicklung der Unternehmen der Region elementar wichtig. ■

Stärken Sie Ihre Position im Wettbewerb!



**SENIOR
CONSULT
RUHR**

BERATUNG AUS ERFAHRUNG

Rund 50 ehrenamtliche Senior-Berater unterstützen, informieren und beraten Unternehmer.

Ob es um die Neukundengewinnung, die Umsatz- und Liquiditätsplanung, die langfristige Sicherung oder Nachfolgeregelung für ein Unternehmen geht.

Senior-Berater sind die richtigen Experten für eine neutrale erfolgreiche Hilfe zur Selbsthilfe.

Informieren Sie sich - völlig unverbindlich.

SENIOR CONSULT e.V.

Im Hause der IHK zu Essen
Am Waldthausenpark 2
45127 Essen
Telefon 0201.1892-288
www.senior-consult-ruhr.de

Vorstellungen der Politik – Positionen der Wirtschaft

Energieeffizienz von Gebäuden



Wo geht am meisten Energie verloren? Die Wärmebildkamera enttarnt Schwachstellen an der Fassade.

Bisher drehte sich bei der Energiewende alles um Strom. Doch der Hauptteil der Energie in Deutschland wird für die Wärmeerzeugung verwendet. Allein die Energie für Raumwärme und -kühlung sowie Warmwasser in Unternehmensgebäuden und Wohnhäusern steht für etwa 35 Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Die Bundesregierung hat daher Energieeffizienz – auch von Gebäuden – zu einem Politikschwerpunkt erklärt.

Speziell im Gebäudebereich sollen bis 2050 80 Prozent des Energieverbrauchs gegenüber 2008 eingespart werden. Am Ende sollen Deutschlands 18 Millionen Wohngebäude und schätzungsweise zwei bis drei Millionen Nichtwohngebäude nahezu klimaneutral sein – ein Ziel das Geduld und langfristige Weichenstellungen erfordert.

Politik setzt Schwerpunkt Gebäudesanierung

Wie in der Energiepolitik generell, dominiert auch in der Energieeffizienzpolitik für Gebäude die Gesetzgebung der EU. Maßgeblich sind die Gebäuderichtlinie sowie die Energieeffizienzrichtlinie, aber auch Gesetze zu erneuerbaren Energien. Die Umsetzung hierzulande erfolgt primär über die Energieeinsparverordnung (EnEV) und das Erneuerbare Energien Wärmegesetz (EEWärmeG).

Im Grunde ist bei den energetischen Anforderungen an die Gebäudehülle und die Verwendung regenerativer Energien zwischen Neubauten und dem Gebäudebestand zu unterscheiden. Werden Gebäude neu errichtet, muss der Energieverbrauch für Raumwärme sowie Warmwasser anteilig aus erneuerbaren Energien stammen. Jedoch sind zahlreiche Ersatzmaßnahmen möglich, etwa eine stärkere Dämmung, der Anschluss an ein Fernwärmenetz oder die für Industrie- und Gewerbebauten relevante Nutzung von Abwärme.

Die energetischen Anforderungen an die Gebäudehülle werden durch die EnEV definiert. Nach einer Verschärfung der Effizienzanforderungen um 25 Prozent in 2016 dürfen nach EU-Vorgaben ab 2021 nur noch Niedrigstenergiegebäude errichtet werden, die kaum Energie verbrauchen bzw. den Verbrauch aus regenerativen Quellen decken. Der konkrete Standard muss noch definiert werden und wird wohl langfristig auch als Messlatte für die energetische Gebäudesanierung angelegt. Denn klar ist: Angesichts im Vergleich zum Bestand geringen Neubauvolumens wird der Schwerpunkt für Politikmaßnahmen in der energetischen Ertüchtigung liegen.

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) wird daher 2015 eine Energieeffizienzstrategie für Gebäude erarbeiten. Jährlich eine Million Wohnungen müssen laut Bundesregierung energetisch saniert werden. Der Bedarf bei Nichtwohngebäuden steht aufgrund der mangelhaften Datenlage noch nicht fest, zumal Gebäudetypen und Profile des Energieverbrauchs hier deutlich heterogener sind.

Gebäudeeffizienzpolitik aus Sicht der Wirtschaft

Investitionen in weniger Energieverbrauch in Gebäuden sind positiv, sowohl für die Ziele der Energiewende als auch für die heimische Wertschöpfung. Nur darf dies nicht zu einer Kostenexplosion wie beim EEG führen und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gefährden. Gerade die Energieeffizienzpolitik muss glaubwürdig sein, wenn sie von Unternehmen und Bürgern als positiv begriffen werden soll. Technologieoffenheit, Freiwilligkeit und Wirtschaftlichkeit sind daher die Grundpfeiler, für die sich die Wirtschaft in der Energieeffizienzpolitik einsetzt.

Die Aussagen der Strategieeckpunkte, KfW-Förderprogramme zur Sanierung weiterzuführen, sind ebenso richtige Signale

wie die Prüfung der Qualitätsstandards in der Energieberatung. Die Förderprogramme müssen jedoch technologieneutral ausgestaltet sein, einschließlich eines unverzerrten Wettbewerbs zwischen dezentralen Wärmelösungen und Fernwärme. Jede eingesparte Tonne CO₂ sollte schließlich den gleichen Wert haben.

Weiterhin ist die Vereinfachung des Ordnungsrechts ein Anliegen der Wirtschaft. So gibt es große Überschneidungen zwischen EnEV und EEWärmeG. Beide Normen sollten daher zusammengeführt, die Technologieneutralität verbessert und die Berechnungsverfahren vereinfacht werden.

Damit Energieeffizienzpolitik erfolgreich ist, muss sie freiwillige Lösungen ermöglichen. Ordnungsrecht allein kann keine effizienten Ergebnisse hervorbringen. Beispielsweise erweisen sich die aus Gebäudereparaturen folgenden Dämmverpflichtungen eher als Hindernis für ambitioniertere Sanierungsmaßnahmen.

Die Gebäudestrategie sollte sich zunächst auf die größten Effizienzpotenziale fokussieren: Mit 70 Prozent entfällt der größte Teil des Energieverbrauchs für Heizung und Warmwasser auf private Haushalte, hinzu kommt der Verbrauch einer Viertel Million öffentlicher Gebäude. Gerade deren Sanierung hätte auch faktisch eine Vorbildwirkung. Auf Basis der Erfahrungen können dann weitere Nichtwohngebäude in eine solche Strategie einbezogen werden, zumal für diese bisher keine verlässlichen Daten zu Anzahl und Flächen vorliegen. Erst wenn hier eine gute Datengrundlage geschaffen ist, lassen sich auch effektive politische Maßnahmen ableiten.

Hinzu kommt, dass Nichtwohngebäude von Unternehmen, insbesondere in Industrie und produzierendem Gewerbe häufig komplexe Energieströme aufweisen. Energie für Raumwärme und Warmwasser spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Isoliert geforderte Maßnahmen für mehr Gebäudeenergieeffizienz würden daher oft am Ziel der Wirtschaftlichkeit vorbeigehen. Energieeffizienzmaßnahmen müssen stattdessen über alle Verbräuche hinweg bewertet werden. ■

Till Bullmann



**IDEE GEHABT.
FINANZSTRATEGIE GEFUNDEN.**



GENO BANK

IN ESSEN MEHR ERREICHEN

MEHR INFOS





Alles was Recht ist

Unternehmerische Selbstständigkeit von Ausländern



Wenn Ausländer in Deutschland ein Unternehmen gründen möchten, gilt es zunächst, einige formale Hürden zu überwinden. Dazu ein Fall aus der Praxis: Zwei Unternehmer aus Libyen wollen in Essen einen Produktionsstandort für Seifen und Waschmittel aufbauen. Die Produkte sollen dann wiederum zum größten Teil in den Nahen Osten bzw. in die arabischen Staaten exportiert werden. Die libyschen Unternehmer besitzen bislang allerdings kein Aufenthaltsrecht und dürfen daher auch nicht einreisen. Was können sie tun?

Berufsfreiheit nur für deutsche Staatsangehörige

Das Grundrecht der Berufsfreiheit findet nur auf deutsche Staatsangehörige Anwendung. Staatsbürger aus EU-Mitgliedstaaten sind auch bei der Ausübung von selbstständigen Erwerbstätigkeiten grundsätzlich den deutschen Staatsbürgern aufgrund der sog. Freizügigkeit gleichgestellt.

Für ausländische Gewerbetreibende aus Nicht-EU-Staaten ergeben sich allerdings häufig Beschränkungen aufgrund von Vorschriften des Ausländerrechts.

Aufenthaltstitel erforderlich

Ausländer unterliegen bei Aufnahme und Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit in Deutschland den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes. Nach diesen benötigen sie zur Einreise und zum Aufenthalt in der Bundesrepublik grundsätzlich einen Aufenthaltstitel. Dafür sind die Ausländerbehörden zuständig, wobei sich die örtliche Zuständigkeit nach dem tatsächlichen oder beabsichtigten Aufenthalt des Ausländers bestimmt. Befinden sich die Ausländer nicht in Deutschland, so ist der Antrag bei der jeweiligen deutschen Vertretung zu stellen. Für die libyschen Unternehmer ist daher die deutsche Botschaft in Tripolis erste Anlaufstelle.

Voraussetzungen einer Aufenthaltserlaubnis für selbstständige Tätigkeit

Mit Wirkung zum 01.08.2012 wurden die Voraussetzungen deutlich verringert. Es ist nicht mehr erforderlich, dass eine bestimmte Geldsumme (zuletzt 250.000 Euro) investiert oder eine bestimmte Anzahl von Arbeitsplätzen (zuletzt 5) geschaffen werden. Ausschlaggebendes Kriterium ist also nicht mehr primär die Größe, sondern Branche und Konzept des Unternehmens sowie die regionalen Bedingungen.

Aber: Bei der Beurteilung geht es vorrangig um die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft an der speziellen Tätigkeit des Ausländers in Deutschland und nicht um die unternehmerischen Interessen des Ausländers. Eine Schädigung in Deutschland ansässiger Unternehmen soll so vermieden werden.

Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für eine selbstständige Tätigkeit ist, dass:

- ein wirtschaftliches Interesse oder ein örtliches Bedürfnis besteht,
- die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und
- die Finanzierung des Projektes durch Eigenkapital oder eine Kreditzusage gesichert ist.

IHK zu Essen gibt Stellungnahmen ab

Der Ausländerbehörde steht dabei ein weiter Entscheidungsspielraum zu. Zur Beurteilung, ob die o. g. Voraussetzungen tatsächlich vorliegen, bitten die Ausländerbehörden in der MEO-Region die IHK zu Essen regelmäßig um Stellungnahmen. Die IHK zu Essen nimmt dann Kontakt zu den Unternehmen auf und klärt, ob die Anforderungen erfüllt sind.

Wirtschaftliches Interesse oder regionales Bedürfnis

Ein wirtschaftliches Interesse besteht, wenn vom Unternehmen positive Auswirkungen auf die inländische Wirtschaft zu erwarten sind. Hier geht es also um eine Prognoseentscheidung. Positiv zu bewerten sind z. B. eine Verbesserung der Absatzchancen ansässiger Unternehmen oder die Produktion technisch hochwertiger Produkte. Auf der anderen Seite wird das wirtschaftliche Interesse bei kleineren Einzelhandels- oder Dienstleistungsunternehmen wegen der geringeren ökonomischen Gesamtbedeutung eher zu verneinen sein.

Dann kann aber das Merkmal „örtliches Bedürfnis“ greifen, um versorgungs- oder kommunalpolitische Gründe mit in die Entscheidung einzubeziehen. Ein solches regionales Bedürfnis kann bejaht werden, wenn ohne das Unternehmen eine unzureichende Versorgung einer Region droht. Damit können regionale Besonderheiten in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. Das reine Unternehmerinteresse an einer Geschäftstätigkeit im Bundesgebiet begründet für sich aber kein besonderes regionales Interesse.

Zurück zur Praxis: Für die Errichtung der Seifen- und Waschmittelproduktion in Essen scheidet ein regionales Bedürfnis aus, da eine Unterversorgung mit diesen Produkten sicherlich nicht zu befürchten ist. Es könnte aber ein wirtschaftliches Interesse bestehen, da in Deutschland ansässige Zulieferer der benötigten Rohstoffe durch die Ansiedlung einen höheren Absatz erzielen könnten.

Positive Auswirkungen auf die Wirtschaft

Die Unternehmenstätigkeit muss ferner positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lassen, z. B. durch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Selbst die Wettbewerbsintensivierung in einem Markt, der bislang nur schwach besetzt war, kann darunter fallen. Unter anderem durch die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze durch die libyschen Unternehmer, kann auch dieses Kriterium bejaht werden.

Negative Auswirkungen auf die Wirtschaft können sich insbesondere aus der Person des Antragstellers selbst ergeben. So etwa aufgrund nicht vorhandener Fachkonditionen (z. B. Meisterprüfung im Handwerk oder Sachkundeprüfung im Güterkraftverkehr) oder bei fehlender Zuverlässigkeit für die Ausübung eines Gewerbes (z. B. aufgrund einschlägiger straf-, steuer-, sozialversicherungsrechtlicher Verfehlungen).

Gesicherte Finanzierung

Auch die Finanzierung der Unternehmung muss gesichert sein. Dies ist durch geeignete Unterlagen (z. B. Kapitalnachweise, Kreditzusagen) nachzuweisen. Da in diesem ausreichende finanzielle Mittel vorhanden sind, steht der Befürwortung des Vorhabens der libyschen Unternehmer aus Sicht der IHK zu Essen nichts im Wege.

Fazit:

Plant ein Unternehmer aus dem Ausland eine selbstständige Tätigkeit in Deutschland, ist es zunächst wichtig, einen entsprechenden Aufenthaltstitel zu beantragen. Aber: Von der Errichtung des Unternehmens muss auch stets die in Deutschland ansässige Wirtschaft profitieren. ■

Marc Balke



IHK-Ansprechpartner:

Marc Balke

Tel.: 0201 18 92-217

E-Mail: marc.balke@essen.ihk.de

Verkehrskongress der IHK NRW

Verkehrswegeplan weckt große Hoffnungen



Marode Verkehrswege bremsen die Wirtschaft aus. Der neue Bundesverkehrswegeplan soll Besserung bringen. Wie und ob dies gelingen kann, darüber diskutierten Verkehrsexperten, Wirtschaftsvertreter und Politiker beim Verkehrskongress der nordrhein-westfälischen IHKs.

Gesperrte Brücken, Schlagloch-Straßen – man hat sich ja schon daran gewöhnt, dass die marode Verkehrs-Infrastruktur in NRW immer neue Schlagzeilen schreibt. Wie dramatisch die Auswirkungen für die Wirtschaft in NRW sind, haben Unternehmensvertreter beim Verkehrskongress der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern (IHK NRW) im Juni in Düsseldorf eindrücklich gezeigt. „Wir können viele unserer Produkte einfach nicht mehr liefern“, klagt Klaus-Dieter Wolf, Geschäftsführer des Unternehmens Robert Josef Wolf GmbH & Co. KG aus Wilnsdorf im Siegerland. Der Apparatebauer produziert unter anderem große Stahlbehälter, die bis zu 50 Meter lang sind und auch mal gut 80 Tonnen wiegen können.

Früher stellte die Lieferung zum Kunden kein Problem dar – die A45 führt fast am Werk vorbei. So dauerte zum Beispiel der Transport eines Gärbehälters für einen Sekthersteller damals eine Nacht. Doch mittlerweile sind einige Straßen und Brücken für Schwerlasten gesperrt. Zuletzt haben die Logistiker für die gleiche Überführung vier Nächte veranschlagt. „Wir mussten den Behälter zweimal umladen. Die Transportkosten haben sich verfünffacht. Derartige Aufträge können wir nicht mehr ausführen“, beschreibt Wolf die Konsequenz. „Wenn es nicht in absehbarer Zeit Lösungen gibt, werden wir unseren Markt verlieren.“

Vielen Unternehmen geht es ähnlich. Die Sperrung der Leverkusener Autobahnbrücke kostet das Handelsunternehmen Rewe jeden Monat 120.000 Euro, sagt Birgit Heitzer, Leiterin Konzernlogistik. Rewe unterhält in Köln zwei bedeutende große Läger, von denen aus die Märkte in der Region beliefert werden. Die Lkw müssen derzeit große Umwege fahren. „Das ist auf Dauer untragbar“, betont die Managerin. Pendler leiden ebenso unter den Engpässen. Tom Hegermann gibt im WDR immer längere Stau-Meldungen durch, schildert der Journalist, der den Kongress moderierte, aus seinem Alltag.

Drängende Probleme

„Die Verkehrsprobleme haben enorme Auswirkungen auf unsere Wirtschaft“, bilanziert Ralf Kersting, Präsident der IHK NRW und macht dies am „Brücken-Desaster“ deutlich: „Alle 6.500 Brücken des Landes müssten geprüft werden. Schon jetzt ist klar: 157 müssen abgerissen und neu gebaut werden.“ Dazu kommen Engpässe im Schienennetz und auf den Kanälen. Je länger die notwendigen Sanierungen

hinausgezögert werden, desto mehr wird die Wirtschaft belastet. Schon mehrfach haben deshalb die Industrie- und Handelskammern des Landes das Thema zur Sprache gebracht und auf die politische Agenda gesetzt. Und so beteiligten sich beim diesjährigen Verkehrskongress neben rund 250 Experten aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft auch wieder Politiker aus Bund und Land an der Diskussion.

In diesem Jahr ging es um die Frage: „Bundesverkehrswegeplan 2015 – Ein Gewinn für NRW?“ Eines ist klar: Nordrhein-Westfalen ist als stark bevölkertes und wirtschaftlich sehr aktives Industrieland besonders betroffen, zumal viel europäischer Transitverkehr das Land durchkreuzt. Der neue Verkehrswegeplan werde NRW helfen, verspricht Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium. Denn nun würden die Prioritäten neu gesetzt. Nach dem Aufbau Ost, verbunden mit einem „Verschleiß West“, stehe nun der Erhalt vor dem Neubau. Speziell NRW werde vom Sonderprogramm Brücken profitieren.

Erhalt vor Neubau – damit kann sich NRW-Verkehrsminister Michael Groschek sehr anfreunden: Bei der A1 müsse noch die Lücke in der Eifel geschlossen und im Hochsauerland die A46 weitergebaut werden. Darüber hinaus gebe es keine echten Neubauprojekte mehr. Der Hinweis Ferlemanns, die Sanierung der Sauerlandlinie werde einschließlich der Erweiterung auf sechs Spuren und Erneuerung aller Brücken 25 Jahre dauern, löst indes nicht nur ein Raunen im Saal aus, sondern provoziert auch Groschek zur Forderung, dann müsse die Finanzierung durchgeplant werden, damit nicht Jahr für Jahr die Mittel neu beantragt werden müssen. Auch für die Rheinbrücken solle man eine solche Paketlösung anstreben. Damit stößt der



DER NISSAN NV400. ZUKUNFTSWEISENDES GESCHÄFTSMODELL.



Innovation
that excites

NISSAN NV400 Kastenwagen PRO

F28.11, L1H1, 2.3 l dCi, 81 kW (110 PS)

- elektr. & beheizbare Außenspiegel
- ESP inkl. ASR mit geschwindigkeits- und beladungsabhängiger Fahrdynamikregelung u.v.m.

MTL. LEASINGRATE: € 167,-¹ NETTO

¹Leasingsonderzahlung: € 2.950,- netto, Laufzeit: 48 Monate, Kilometerleistung p.a.: 20.000 km, Restwert: € 7.800,- netto. Ein Angebot der NISSAN LEASING, Geschäftsbereich der RCI Banque S.A., Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss für Kaufverträge bis zum 31.08.2015, nur für Gewerbekunden. **Alle Beträge sind Nettoangaben zzgl. MwSt. und € 800,- netto Überführungs- und Zulassungskosten.**



BK Motors

Frohnhauser Str. 50 / an der B224 • 45127 Essen • Tel.: 02 01/83 405 510 • www.bk-motors.de

BK Service- und Dienstleistungs GmbH & Co. KG



Foto: Paul Esser

Ralf Kersting, Präsident der IHK NRW, Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, und NRW-Verkehrsminister Michael Groschek diskutierten die Verkehrssituation in Nordrhein-Westfalen.

Minister durchaus auf offene Ohren: Ferlemann verspricht, dass künftig die Mittel vom Bund projektbezogen vergeben und entsprechend auch ins Folgejahr übertragen werden können, falls Gelder nicht in dem Jahr verbaut werden, in dem sie fließen.

Wer soll das bezahlen?

Finanzen – natürlich drehen sich die Diskussionen auch beim IHK-Verkehrskongress ums leidige Geld. Ein weites Feld. Da geht es zum einen um die Summen der Mittel für den Verkehr. Derzeit stehen laut Ferlemann im Jahr zehn Milliarden Euro zur Verfügung, fünf für Straßen, gut vier für die Schiene und eine für Wasserwege. Bis 2018 steige das Jahresvolumen auf 15 Milliarden Euro, unter anderem durch Mehreinnahmen bei der Lkw-Maut und der geplanten Infrastrukturabgabe. Der Staatssekretär hält damit die Finanzierungsfrage für erledigt. Dem widerspricht IHK NRW-Präsident Kersting: „Das ist immer noch zu wenig – auch vor dem Hintergrund, dass der Verkehr, zum Beispiel durch Steuern, dem Staat jedes Jahr rund 50 Milliarden Euro in die Kassen spült.“ Kersting sieht aber Hoffnungsschimmer, immerhin sei in den Parteien ein Umdenken festzustellen.

Wer soll das bezahlen? Das ist die nächste Frage, um die die Diskussionen beim Thema Finanzen kreisen. Maut und Infrastruktur-Abgaben offenbaren den Trend: Die Nutzer werden immer mehr beteiligt – über ihre Steuerzahlungen hinaus. Angesichts knapper Kassen und des immensen Bedarfs kann die Wirtschaft dies sogar akzeptieren und den Weg „solidarisch mitgehen“, wie Kersting sagt – allerdings unter Bedingungen: „Die Verantwortlichkeit der Politik darf nicht ausgehebelt werden, die Mauteinnahmen müssen zusätzlich in die Infrastruktur fließen und dürfen

die bisher eingesetzten Steuermittel nicht ersetzen. Projekte in öffentlicher und privater Partnerschaft (ÖPP) dürfen nicht aus politischen Gründen abgelehnt werden.“

Verschiedene Interpretationen

Gerade beim Thema ÖPP zeigen sich politische Nuancen. NRW akzeptiere solche Projekte, wenn sie wirtschaftlich sinnvoll sind, betont Groschek, schränkt aber ein: Mittelständische Unternehmen dürften nicht davon ausgeschlossen werden, und es sollte nicht zwei Verkehrsnetze – ein öffentliches und ein privates – nebeneinander geben. Es sind oft die unterschiedlichen Interpretationen der von allen im Prinzip akzeptierten Ziele, die die Debatten anheizen und häufig zu unnötigen Auseinandersetzungen führen. „Infrastrukturpolitik ist klassische Verteilungspolitik. Da geht es nicht um Parteienwettbewerb, sondern um die Interessen unseres Bundeslandes“, sagt Joachim Brendel, Federführer Verkehr der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern, „und NRW hat ganz klar Nachholbedarf“. „Mehr Gemeinsamkeit zwischen den Parteien in NRW und mehr Einflussnahme in Berlin wären da hilfreich“, fordert Brendel, der bei der letzten Regierungsbildung gern einen Minister oder Staatssekretär aus NRW im Bundesverkehrsministerium gesehen hätte. „Bayern und die Küstenländer machen uns seit Jahren vor, wie es geht“, mahnt der Verkehrsexperte von IHK NRW.

Die Diskussionen beim Verkehrskongress IHK NRW zeigten die Komplexität der Verkehrspolitik. Die Wirtschaft des Landes erwartet aber, dass es nun zügig vorangeht. „Wir hoffen auf einen Schub durch den neuen Bundesverkehrswegeplan“, fasst IHK NRW-Präsident Kersting zusammen. ■ *Jürgen Groschek*

IHK startet Verkehrswettbewerb

Staufuchs – Schlaue Ideen für schnellere Wege!



Wer kennt es nicht? Morgens auf dem Weg zur Arbeit: Stau. Abends auf dem Rückweg das gleiche Spiel. Durch nicht leistungsfähige Verkehrsknoten, mangelhaft koordinierte Baustellen und fehlende Lückenschlüsse sowie Abbiegespuren entstehen Staus. Diese führen zu einer Überlastung des Straßennetzes. Dieses Problem sowie zusätzliche Ausweichverkehre machen sich vor allem in Gewerbe- und Industriegebieten bemerkbar. Für Unternehmen bedeutet dies unsichere Routenplanungen, Zeitverluste und höhere Kosten.

Verkehrsfluss weist Qualitätsmängel auf

Grundsätzlich profitiert die Stadt Essen durch ihre zentrale Lage im Ballungsraum Ruhr von einem dichten Verkehrsnetz. Allerdings weist der Verkehrsfluss erhebliche Qualitätsmängel auf. So wird die Verkehrsführung von Pkw und Lkw sowie der qualitative Zustand der Straßen bemängelt. Das Essener Amt für Straßen und Verkehr kam 2014 zu dem Ergebnis, dass sich 43,5 Prozent der Essener Hauptstraßen in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand befinden. Bei 8 Prozent ist eine Erneuerung sogar längst überfällig. Fakt ist, dass die Stadt vor großen Herausforderungen steht. Es müssen Maßnahmen für den Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie für eine Verbesserung des Gesamtverkehrs erarbeitet werden. Diese sind meist mit hohen Kosten verbunden und bis zur Umsetzung sehr zeitaufwendig. Daher müssen Handlungsstrategien entwickelt werden, die schnell und kostengünstig zu realisieren sind und einen erheblichen verkehrlichen Nutzen bewirken.

Verkehrswettbewerb für schnellere Wege

Daher hat die Industrie- und Handelskammer zu Essen im Rahmen des „Masterplan Industrie Essen“ den Verkehrswettbewerb „Staufuchs – Schlaue Ideen für schnellere Wege!“ ins Leben gerufen. Berufskraftfahrer, Berufspendler und jeder, der sich täglich durch die Straßen kämpft, kann seine Ideen einbringen, wie man Engpässe im Essener Stadtverkehr schnell und vor allem kostengünstig beseitigen kann. Jeder, der im Stau steht, ärgert sich auch mal. Dabei können Vorschläge entstehen, wie der Verkehr besser fließen kann. Wir wollen diese Ideen nutzen. Ziel ist unter anderem, dass Lkws schneller die Gewerbegebiete erreichen können und der Verkehrsfluss insgesamt optimiert wird.

Verbesserungsvorschläge können ab sofort bis zum 31. Oktober 2015 bei der IHK zu Essen eingereicht werden. Die drei besten Beiträge werden von einer Fachjury bewertet und prämiert. Weitere Informationen erhalten Sie online unter www.staufuchs.de. ■



IHK-Ansprechpartner

Jan Borkenstein

Tel.: 0201 18 92-198

E-Mail: jan.borkenstein@essen.ihk.de

Foto: Fabian Holzer



Fördermittel-Berater wie Axel Deilmann kennen die Mittel und Wege, um an die öffentlichen Geldtöpfe zu kommen.

Kein Geld verschenken

Gut beraten im Fördermittel-Dschungel

Bei guter Wirtschaftslage und vollen Auftragsbüchern liegt der Gedanke an eine Expansion nahe. Eine neue Werkshalle bauen? Oder gar einen weiteren Standort eröffnen? Das bedeutet, Geld in die Hand zu nehmen. Eine Investition in die Zukunft – und doch schrecken gerade mittelständische Unternehmen oft davor zurück. Dabei gibt es nicht nur für die großen Konzerne, sondern auch für kleine und mittelständische gute Aussichten auf Fördermittel.

Zuschüsse, Förderkredite, öffentliche Beteiligungen oder Ersatzsicherheiten wie Bürgschaften und Garantien können wesentlich dazu beitragen, geplante Wachstums- und Festigungsinvestitionen auf den Weg zu bringen oder schneller erfolgreich umzusetzen. Ob Zuschuss aus Brüssel, Finanzspritze aus Berlin oder regionale Zuschussförderung aus Düsseldorf – angesichts der vielfältigen Förderangebote sieht so mancher Unternehmer den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. In Medienberichten ist immer wieder von hohen Millionensummen die Rede, mit denen gigantische Vorhaben großer Konzerne gefördert werden. Mit dem Geld werden ganze Werke errichtet und zahlreiche Arbeitsplätze erschaffen oder, wie aktuell in Bochum, das Gelände des ehemaligen Opelwerks revitalisiert. Dass es auch „eine Nummer kleiner“ geht, wissen diejenigen, die es betrifft – kleine und mittelständische

Die Verlagssonderveröffentlichung „Finanzen, Versicherung, Recht“ ist eine Veröffentlichung der commedia GmbH

Redaktion:
 commedia GmbH
 Fon 0201/87957-0

Anzeigen:
 Aschendorff Media & Sales
 Fon 0201/5237-464

Unternehmen – meistens gar nicht. Angesichts der Fördersummen, die zur Verfügung stehen, kann es sich durchaus lohnen, externen Rat von einem Spezialisten einzuholen. Fördermittel-Berater kennen die Geldtöpfe, Richtlinien und Auflagen und leiten ihre Kunden sicher durch den Dschungel unterschiedlicher Angebote.

Die Zahlen müssen stimmen

Einer dieser Finanzexperten ist Axel Deilmann, Inhaber der vor vier Jahren gegründeten Essener Unternehmensberatung Deilmann Business Consulting: „Große Konzerne haben Stabsabteilungen, die nichts anderes tun, als den ganzen Tag Fördermittel zu recherchieren und zu beantragen, und zwar auf allen Ebenen: in Brüssel, in Berlin und in den jeweiligen Bundesländern.“ Vielen Unternehmern, aber auch Bankern oder Steuerberatern fehle schlicht das Fachwissen, um sich in der unübersichtlichen Förderlandschaft orientieren zu können. Kein Wunder, denn die Antragsverfahren sind zumeist so komplex und teilweise undurchsichtig, dass hier Experten gefragt sind, die sonst nichts anderes machen. Wie schnell unterlaufen Formfehler oder Projektunterlagen sind unvollständig, was schnell zu einem ablehnenden Bescheid führen kann: „Dabei wollen die Fördergeber eigentlich keine ablehnenden Bescheide versenden“, weiß Deilmann aus Erfahrung. „Fördergeber wollen sehen, dass der Unternehmer seine Idee mit Begeisterung zum Erfolg führt, aber dafür müssen auch die Zahlen stimmen und die Anträge Hand und Fuß haben.“ Darüber hinaus müsse das Projekt hinreichend und logisch beschrieben werden, die Marktchancen der zu fördernden Idee plausibel dargestellt und der betriebswirtschaftliche Erfolg anhand einer professionellen Finanzplanung naheliegender sein.

Zunächst ist Dokumentationsarbeit gefragt. Projekte, die von Fördermittel-Beratern begleitet werden, laufen meist in drei Phasen ab: Als erstes wird das Investitionsvorhaben genau analysiert. Alle relevanten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und die Darstellung des Investitionsvorhabens werden in Fragebögen erfasst. Über eine datenbankgestützte Fördermittel-Recherche lassen sich dann die richtigen Fördertöpfe ausfindig machen. In den meisten Fällen kann der Unternehmer zwischen verschiedenen Förderarten wählen, die sich je nach Projekt auch kombinieren

Der Topf ist voll

Im vergangenen Jahr hat eine neue, siebenjährige Förderperiode mit einem Volumen von 980,6 Milliarden Euro begonnen. Die Europäische Union gibt für die Zeit von 2014 bis 2020 die Summen sowie die Rahmenbedingungen für die europäischen, die nationalen und die regionalen Programme vor. Auf dieser Basis erlassen die Länder ihre Richtlinien für regionale Fördergebiete, etwa Teile des Ruhrgebiets oder aber Schwerpunkt-Aufgaben wie Forschung und Entwicklung bzw. Zukunftsbranchen (Umwelt- und Biotechnologie, IT, Telekommunikation). Wichtig: Fördermittel können nur von Unternehmen beantragt werden, die wirtschaftlich auf gesunden Füßen stehen.

lassen. Die in Deutschland am häufigsten genehmigte Förderart sind Investitionszuschüsse; sie machten im Jahr 2013 rund 70 Prozent der Förderungen aus. Zur Optimierung der Förderung werden häufig Kredite, Beteiligungen, Bürgschaften oder eine Kombination aus mehreren Förderarten hinzugezogen.

Gute Kommunikation ist wichtig

Die Ergebnisse der Datenbank-Recherche werden anschließend ausgewertet. Bei der Beurteilung der Fördermöglichkeiten muss berücksichtigt werden, welche Vorgaben und Termine für das jeweilige Programm einzuhalten sind, welche Unterlagen eingereicht werden müssen und mit welcher Förderhöhe zu rechnen ist. Nun folgt die Konzeptionsphase: Es gilt, das Vorhaben detailliert zu beschreiben. Dafür sind Projektskizzen, Finanzplanungen sowie Businesspläne zu erstellen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die geplante Investition konkret mit den Fördergebern zu besprechen. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass besonders in dieser Projektphase ein persönlicher Kontakt und eine enge Kommunikation mit den Mitarbeitern bei den Fördergebern sehr wichtig sind“, berichtet Axel Deilmann. „So können wir mögliche Schwachstellen in der Konzeption rechtzeitig korrigieren und steigern die Erfolgsaussichten.“ Im letzten Schritt geht es an die Umsetzung des Investitionsvorhabens bis zum erfolgreichen Abschluss, denn als beendet gilt das Mandat für einen guten Berater erst, wenn der letzte Förder-Euro geflossen ist. ■

Was wird gefördert?

Gründe, wofür ein Unternehmen eine Förderung beantragen kann, gibt es viele – angefangen von der Existenzgründung oder Existenzfestigung bis hin zu Markterkundungen und -erschließungen. Auch für Projekte im Bereich Forschung und Technologie, Potenzialberatungen oder Vorhaben zur Steigerung der Energie-, Material- und Ressourceneffizienz gibt es grundsätzlich Fördermöglichkeiten.

WALTRAUD NUSSBAUM STEUERBERATERIN

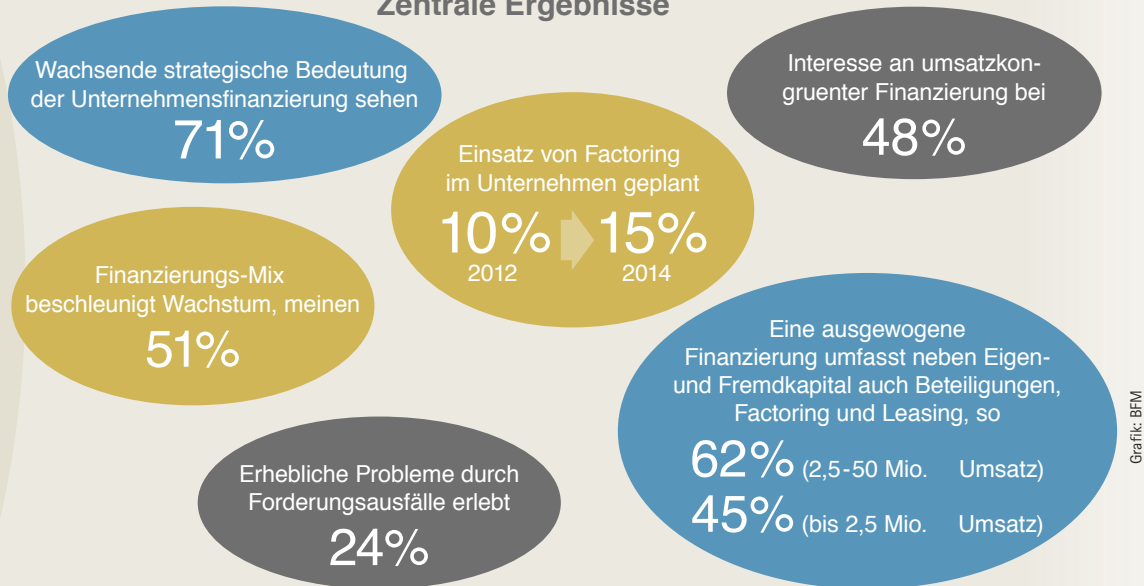
Schlossstraße 16 · 45468 MÜLHEIM A. D. RUHR
TELEFON (02 08) 4 59 39 90 · Fax (02 08) 4 59 39 99
E-Mail: kontakt@steuerberatung-nussbaum.de
Web: www.steuerberatung-nussbaum.de

Beratung von Kapital-, Personenges. und Einzelunternehmen,
Lohn- und Finanzbuchhaltung, Erstellung von Bilanzen
und Steuererklärungen (inkl. Internationales Steuerrecht)

Studie zur Unternehmensfinanzierung

Factoring als Ergänzung zum Bankkredit

BFM Factoring-Studie 2015 Zentrale Ergebnisse



Quelle: BFM Bundesverband Factoring für den Mittelstand / TNS Infratest. Repräsentative Befragung kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland mit einem Jahresumsatz von unter 50 Mio. Euro. Die Untersuchung auf Basis von 1.555 Interviews wurde im Oktober 2014 durchgeführt, davor 2012.

Die Unternehmensfinanzierung wird als eigenständiges strategisches Element immer wichtiger werden. Das erwarten 71 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland, wie eine repräsentative Studie des Bundesverbands Factoring für den Mittelstand (BFM) ergab.

Auch eine breiter angelegte Finanzierungsstruktur gewinnt an Bedeutung. Fast jedes zweite KMU ist offen für Instrumente, die den Bankkredit ergänzen oder ersetzen können. So meinen 47 Prozent der Befragten, dass eine ausgewogene Unternehmensfinanzierung neben Eigen- und Fremdkapital auch Beteiligungen, Factoring und Leasing umfasst. Vor allem Unternehmer in der Umsatzklasse 2,5 bis 50 Mio. Euro halten eine modulare Finanzierung für sinnvoll. Die Zustimmung stieg von 53 Prozent im Jahr 2012 auf 62 Prozent heute. Jeder zweite Befragte (51 Prozent) sieht einen Mix der Instrumente als Beschleuniger für Wachstum. Um auch unabhängig von Banken ihre Liquidität zu sichern, prüfen KMU zunehmend das Factoring. Hintergrund: Der laufende Verkauf offener Forderungen an eine Factoring-Gesellschaft macht die Liquiditätssituation kalkulierbar, denn die Auszahlung der Forderung erfolgt innerhalb von 48 Stunden. Während 2012 noch jeder zehnte Mittelständler plante, den Forderungsverkauf strategisch einzusetzen, waren es jetzt bereits 15 Prozent. Besonders deutlich zeichnet sich der Trend

in der Umsatzklasse bis 2,5 Mio. Euro ab, wo in Zukunft 14 Prozent (2012: 6 Prozent) das Factoring nutzen wollen. Bereits im Einsatz ist das Instrument bei 14 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen, so die BFM-Studie.

Jedes zweite KMU (48 Prozent) findet Factoring interessant, weil das Finanzierungsvolumen mit dem Umsatz ansteigt und nicht wie eine Kreditlinie endet. „Der Gewinn von Handlungsfreiheit ist einer der Gründe, warum sich Unternehmen – trotz derzeit sehr freizügiger Kreditvergabe – für Factoring entscheiden“, erklärt Volker Ernst, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands Factoring für den Mittelstand (BFM). „Auch wenn der Wettbewerb der Banken um die mittelständischen Kunden anhält: Der strategische Nutzen von Factoring weist in die Zukunft. Wir gehen von einer weiteren Aufwärtsbewegung aus.“

Durch den planbaren Mittelzufluss kann Factoring auch Wachstum unterstützen – der Unternehmer agiert als Barzahler. Weitere Vorteile liegen in der erhöhten Eigenkapitalquote. Factoring stärkt zudem die Sicherheit in Unternehmen. Laut BFM-Studie stand fast jedes vierte KMU (24 Prozent) schon einmal vor Problemen, nachdem Forderungen ausgefallen waren. Factoring ermöglicht eine vollumfängliche Absicherung, weil das Ausfallrisiko an die Factoring-Gesellschaft übergeht.

Für die BFM Factoring-Studie 2015 wurden 1.555 kleine und mittlere Unternehmen befragt. ■



Infos für Unternehmen und Schüler Jobben – aber richtig!

In den Schulen haben die großen Ferien schon begonnen, und auch an den meisten Hochschulen des Landes bricht die vorlesungsfreie Zeit an. Viele Unternehmen bekommen Anfragen von Schülern und Studenten, die sich in den Sommerferien mit einem Ferienjob etwas dazuverdienen möchten.

Passt eigentlich perfekt, denn in vielen Unternehmen gibt es personelle Engpässe, wenn ein Teil der Belegschaft in den Urlaub geht. Wichtig ist, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

Eine wichtige Rolle spielt das Alter: Das Arbeitsrecht gibt vor, dass Kinder unter 13 Jahren nicht arbeiten dürfen, da Kinderarbeit in Deutschland verboten ist. Ab 13 Jahren können Jugendliche allerdings einen zeitlich begrenzten

Ferienjob übernehmen. Das Jugendschutzgesetz erlaubt dann bestimmte leichte und geeignete Tätigkeiten. Doch Schüler brauchen nicht zu befürchten, dass sie die ganzen Sommerferien durcharbeiten müssen, denn die erlaubte Arbeitszeit bemisst sich nach dem Alter der Jugendlichen: „Zwischen dem 13. und 15. Lebensjahr sind kleinere Jobs von bis zu zwei Stunden am Tag erlaubt, zum Beispiel Zeitung austragen oder Nachhilfe geben“, erläutert Ulrich Kanders, Fachanwalt für Arbeitsrecht und Hauptgeschäftsführer des Essener Unternehmensverbandes (EUV). „Wichtig ist, dass die Arbeit nicht gesundheitsgefährdend ist und die Eltern ihre Zustimmung geben.“

Ab 15 Jahren dürfen Jugendliche bereits bis zu acht Stunden pro Werktag arbeiten. Wichtig ist, dass bis zur Vollendung der Vollsulpflicht der Ferienjob auf maximal 40 Stunden pro Woche und vier Wochen im Kalenderjahr begrenzt bleibt. Insgesamt darf höchstens an 20 vollen Ferientagen gearbeitet werden. Es gibt aber Arbeiten, die für Schüler unter 18 Jahren tabu sind: Akkord-, Wochenend- und Nacharbeit sowie gefährliche und schwere Tätigkeiten. Dazu zählen auch regelmäßiges Arbeiten bei Hitze, Nässe, Kälte oder Lärm. Mit der Volljährigkeit gibt es kaum noch Einschränkungen; allerdings sollte die Freigrenze beim Kindergeld beachtet werden. Sie liegt bei 8004 Euro pro Jahr. Fällt der Verdienst höher aus, so wird das gesamte Kindergeld gestrichen.

Wenn beide Seiten die Rahmenbedingungen kennen, können sowohl Schüler bzw. Studenten als auch Unternehmen vom Ferienjob profitieren: Die jungen Aushilfskräfte bessern beim Jobben nicht nur ihr Taschengeld auf, sie erhalten auch erste Einblicke in die Arbeitswelt und knüpfen Kontakte, die sie etwa bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz nutzen können. Unternehmen können personelle Engpässe dank der Ferienjobber besser überbrücken und – wenn die Chemie stimmt – womöglich auf diesem Wege sogar Personalnachwuchs rekrutieren. ■ *Quelle: www.euv.de*

IHRE KANZLEI IM RUHRGEBIET

Wirtschaftsrecht: Das ist unser Revier.

Das Ruhrgebiet ist immer in Bewegung – und Heimat bedeutender deutscher Unternehmen. Viele von ihnen vertrauen uns: Kümmerlein Rechtsanwälte & Notare ist eine Sozietät mit jahrzehntelanger Erfahrung auf allen Gebieten des Wirtschaftsrechts. Als eine führende Kanzlei am drittgrößten Wirtschaftsstandort Europas beraten wir unsere Mandanten höchst engagiert, versiert und vertrauensvoll – und weit über die Region hinaus.



Der richtige Schutz für Unternehmen Auf der sicheren Seite

Welche Versicherung brauche ich wirklich – und welche kann ich mir im wahrsten Sinne des Wortes sparen? Diese Frage sollten sich nicht nur Existenzgründer stellen; auch für etablierte Unternehmer lohnt es sich, ihren Versicherungsschutz einmal genau unter die Lupe zu nehmen.

Eines vorweg: Unternehmen brauchen sich nicht gegen jedes Risiko zu versichern. Ein „Rundum-sorglos-Paket“ kann sich kaum jemand leisten. Die Kunst besteht darin, abzuwägen und jene Risiken zu erkennen, die für das Unternehmen den größten Schaden verursachen könnten. Bevor man also über ein konkretes Produkt nachdenkt, ist eine Risiko-Analyse vonnöten. Um Risiken zu bewerten, kann eine einfache Formel zu Hilfe genommen werden: Der Wert der zu versichernden Sache wird multipliziert mit der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos (Zahlen von eins = gering bis zehn = hoch). Je höher das Ergebnis, desto dringender erscheint ein Versicherungsschutz in diesem Bereich. Anschließend gilt es, aufgrund der Ergebnisse Prioritäten zu setzen.

Für Unternehmer gibt es zwei Arten von Versicherungen: zum einen die betrieblichen Versicherungen, die vor Risiken schützen, die dem Unternehmen drohen – angefangen bei der unverzichtbaren Betriebshaftpflichtversicherung. Hier ist es möglich, Kosten zu sparen, indem eine Eigenbeteiligung an Schäden vereinbart oder Risiken durch Sicherheitsvorkehrungen wie Alarmanlagen oder ähnliches minimiert werden. Zum anderen gibt es die persönlichen Absicherungen. Sie versichern die Person des Unternehmers gegen Risiken wie Krankheit oder Unfall. Wenn der Unternehmer aus solchen Gründen längere Zeit ausfällt oder berufsunfähig wird, drohen der Firma oft hohe Verluste. Ein solches Risiko

lässt sich als „existenzbedrohend“ bezeichnen; es sollte in jedem Fall abgesichert werden. Ein wichtiges Thema für Selbstständige ist darüber hinaus die private Altersvorsorge.

Unverzichtbar ist im Bereich der betrieblichen Absicherungen eine Betriebshaftpflichtversicherung. Sie schützt vor Haftungsrisiken, die üblicherweise dem Geschäftszweck dienen, und kommt für Schäden auf, die das Unternehmen Dritten zufügt. Weitere Gefahren im Bereich der betrieblichen Risiken sind zum Beispiel: Feuer- und Wasserschäden, Einbruch und Diebstahl, Betriebsunterbrechung oder Datenverlust. Vor einigen dieser Risiken schützt eine Inventarversicherung. Diese Kombipolice für Unternehmen entspricht in etwa einer Hausratversicherung. Sie sichert das Büro, das Lager, den Laden sowie den Bestand ab – zum Beispiel gegen Feuer- oder Leitungswasserschäden, Glasschäden oder Schäden durch Einbruch und Diebstahl.

Über diese Standards hinaus gibt es noch eine ganze Reihe spezieller Versicherungen. Ob man sie benötigt oder nicht, hängt von der eingangs beschriebenen individuellen Risikobewertung ab. Für ein Logistik-Unternehmen kann etwa eine Transportversicherung sinnvoll sein, während für ein produzierendes Unternehmen eine Maschinenversicherung ratsam erscheint. Wer unsicher ist oder keine Zeit hat, sich eingehend mit Leistungen und Tarifen zu beschäftigen, kann sich von einem Versicherungsmakler beraten lassen. Grundsätzlich gilt für Existenzgründer ebenso wie für „alte Hasen“: Lieber Jahresverträge abschließen mit der Option auf Verlängerung, wenn nicht vor Vertragsende gekündigt wird, als sich langfristig zu binden. Denn wie der Versicherer sich im Schadensfall verhält, weiß man im Voraus nicht. Neutrale Informationen über die Unterschiede zwischen Versicherungsunternehmen gibt es beim Deutschen Versicherungs-Schutzverband (www.dvs-schutzverband.de), dem Interessenvertreter der versicherungsnehmenden Wirtschaft. ■

Steuerrecht bedeutet,

auf gleiche Fragen jedes Jahr andere Antworten zu bekommen



Wolfgang Sonnleitner

Diese Aussage ist nicht neu, aber immer noch richtig. Denn das Steuerrecht befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Dieser Wandel ist vor allem auf zwei Ursachen zurückzuführen.

Die erste Ursache ist darin zu sehen, dass sich das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern deutlich gewandelt hat. Noch vor einer Generation wurde der Charakter des Steuerrechts als Eingriffsrecht betont, das den Steuerbürger belastet und daher einer besonderen Rechtfertigung bedarf. Dieses Verständnis hat sich grundlegend gewandelt, als in den 1990er Jahren die Frage aufgeworfen wurde, warum für bestimmte Güter ein Umsatzsteuersatz von 7% statt (damals) 16% gelte und wodurch dieses „Steuerprivileg“ gerechtfertigt sei. Es hat seitdem eine Verkehrung der Betrachtungsweise eingesetzt. Der Staat muss nicht mehr begründen, warum er den Bürger für einen bestimmten Lebenssachverhalt mit einer Steuer belastet. Vielmehr obliegt es dem Bürger darzulegen, warum er dafür nur einen reduzierten Steuersatz bezahlen soll.

Einen vorläufigen Abschluss hat diese Entwicklung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer vom 17. Dezember 2014 gefunden. Herkömmlicherweise soll der Staat einen rechtlichen Rahmen schaffen und garantieren, in dem jeder Bürger sich frei entfalten kann. Dem Urteil lässt sich jedoch entnehmen, dass insbesondere die Erbschaftsteuer einen Beitrag zur Herstellung sozialer Chancengleichheit darstellen soll, die sich in einer freien Ordnung nicht von selbst herstelle. Die vom Grundgesetz garantierte individuelle Handlungs- und Erwerbsfreiheit und das Eigentum führe vielmehr unweigerlich zur Entstehung materieller Ungleichheit unter den Bürgern und bedürfe daher eines Ausgleichs, denn „im Eigentum gerinnt die Ungleichheit der freigesetzten Gesellschaft zur Materie und wird Ausgangspunkt neuer Ungleichheiten“. Die Erbschaftsteuer diene daher auch als Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwachse. Verteilungsgerechtigkeit hat damit Vorrang vor Leistungsgerechtigkeit!

Diese Entwicklung wird zum einen flankiert durch verstärkte Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Sphäre des Einzelnen, die zu einem „gläsernen Steuerbürger“ führt, und zum anderen durch einen immer

weiter reichenden Sanktionsmechanismus bei der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten im Besteuerungsverfahren. Insbesondere die Geschäftsführungsorgane von Unternehmen sind latent immer der Gefahr ausgesetzt, dass selbst bei unbewussten Fehlern das Steuerstrafrecht zur Anwendung kommt. Die Praxis zeigt, dass es hier nicht selten zu einer Umkehr der Beweislast kommt und ein Geschäftsführer oder ein Vorstand nachweisen muss, dass er für einen Fehler keine Verantwortung trägt. Insbesondere das Schwere des Steuerstrafrechts führt dazu, dass jeder Steuerbürger umsichtig mit der Erfüllung seiner steuerlichen Pflichten umgehen muss.

Die zweite Ursache liegt in der Internationalisierung des Steuerrechts. In der Vergangenheit hat das Internationale Steuerrecht vielfältige Möglichkeiten geboten, durch geschickte Gestaltungen die eigene Steuerquote deutlich zu reduzieren. Das darin liegende „Missbrauchspotenzial“ haben die Steuerverwaltungen vieler Länder mittlerweile erkannt und sind bestrebt, unerwünschte Steuergestaltungen durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen zu unterbinden. Dazu gehören auch die Schaffung von vereinheitlichten steuerlichen Standards und insbesondere der Informationsaustausch zwischen den Finanzverwaltungen der Staaten. Auch hier ist ein Paradigmenwechsel zu sehen. Für viele Unternehmen ist es schwieriger geworden, durch Gestaltungen Steuern zu sparen. Fehlervermeidung und – neudeutsch – steuerliche Compliance stehen im Vordergrund, letzteres auch, da der Vorwurf der ungerechtfertigten Steuervermeidung die Reputation eines Unternehmens nachhaltig beschädigen kann und sich stets die Frage einer persönlichen Verantwortung der für das Unternehmen handelnden Geschäftsführer oder Vorstände stellt. Nur vorsichtiges und umsichtiges Handeln in einem immer komplexeren und haftungsträchtigeren Umfeld kann hier Risiken minimieren.

Wolfgang Sonnleitner ist Rechtsanwalt, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Partner in der Kanzlei GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB in Essen. Er berät im Unternehmenssteuerrecht und im Internationalen Steuerrecht sowie im Bereich von Unternehmens- und Vermögensnachfolgen bei Familienunternehmen und führt komplexe Finanzgerichtsverfahren.

.....
 GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
 Alfredstraße 220, 45131 Essen
 Tel. + 49 201 38444-341,
 E-Mail: wsonnleitner@goerg.de
www.goerg.de

Fotos: Candybox Images - Fotolia.com



Wer sich Unterstützung im Vorfeld der Feier holt, kann sich während des Events entspannt seinen Gästen widmen.

Was Eventagenturen leisten Feiern für Fortgeschrittene

Der Gedanke an den runden Geburtstag oder die Firmenfeier treibt so manchem, der mit der Organisation befasst ist, Schweißperlen auf die Stirn. Hat man wirklich an alles gedacht und für alle Eventualitäten vorgesorgt? Essen und Trinken allein reichen nicht. Professionelle Unterstützung durch eine Eventagentur kann Entlastung bringen.

Bei Großveranstaltungen und privaten Feiern mit vielen Gästen gibt es einiges zu beachten. Das beginnt schon mit der rechtzeitigen Suche nach geeigneten Räumlichkeiten, dem Erstellen der Gästeliste und dem Versand der Einladungen. Es gilt, Übernachtungsmöglichkeiten zu organisieren und zu reservieren, das Catering zu planen und das Programm zusammenzustellen; womöglich braucht man darüber hinaus Veranstaltungstechnik, Licht und Musik sowie Service- und Sicherheitspersonal. Eventagenturen kennen sich damit aus. Sie sind Dienstleister, die sich um die Organisation von Veranstaltungen im privaten oder unternehmerischen Bereich kümmern. Full-Service-Agenturen übernehmen auf Wunsch die komplette Veranstaltungsorganisation, beginnend bei der Wahl des Ortes über die Planung des Caterings und des Personaleinsatzes, das Engagement von Künstlern, die Auswahl von Mobiliar und Dekoration sowie Veranstaltungstechnik bis hin zum Sicherheitservice. Es besteht aber auch die Möglichkeit, einen Teil der Arbeit selbst zu erledigen und die Agentur für einen einzelnen Bereich zu

Die Verlagssonderveröffentlichung
„Werbetechnik & Eventservice“
ist eine Veröffentlichung der
commedia GmbH

Redaktion:
commedia GmbH
Fon 0201/87957-0

Anzeigen:
Ashendorff Media & Sales
Fon 0201/5237-464

Von Kosten bis Kommunikation

Gut zu wissen

Wer überlegt, eine Eventagentur mit einem Teil der Organisation oder mit der Planung und Durchführung der gesamten Veranstaltung zu beauftragen, sollte die folgenden Punkte berücksichtigen:

Die **Kosten** für die Beauftragung einer Agentur belaufen sich auf ca. 20 Prozent der Gesamtkosten des Events. Was man dabei nicht vergessen darf: Auch die eigene Arbeitskraft und die Arbeitszeit von Mitarbeitern verursachen Kosten – und diese sind oft höher als die Ausgaben für eine erfahrene Agentur, deren Mitarbeiter professionell und zügig ans Werk gehen.

Eventagenturen haben bei vielen Zulieferern wie Cateringunternehmen oder sonstigen Dienstleistern **Sonderkonditionen**. Das kompensiert einen Teil der zusätzlichen Ausgaben. Das Budget sollte im Vorfeld genau abgesprochen werden; dann ist es Aufgabe der Eventagentur, die Mittel im Hinblick auf ein gutes Preis-/Leistungsverhältnis einzusetzen.

Eine gute **Kommunikation** mit der Eventagentur ist eine wichtige Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung. In der Regel bekommt der Kunde einen Eventmanager als festen Ansprechpartner zur Seite gestellt, der ihn von der Konzeption über die Durchführung bis hin zur Nachbereitung des Events begleitet.

beauftragen. In diesem Fall ist es wichtig, klare Absprachen zu treffen, damit die Veranstaltung trotzdem „wie aus einem Guss“ wirkt und Überschneidungen vermieden werden.

Wer den kompletten Auftrag an einen externen Dienstleister vergibt, profitiert in der Regel von einem reibungslosen Ablauf. Die Entlastung ist schon im Vorfeld spürbar, und auch die Veranstaltung kann der Gastgeber entspannter genießen, wenn er sich nicht um organisatorische Details kümmern muss. Professionelle Eventagenturen schulen ihr Personal – zum Beispiel Messehostessen – im Vorfeld der Veranstaltung. Als Experten wissen sie genau, welche Fragen jenseits der Standards wie Einladung, Unterbringung und Verpflegung noch zu berücksichtigen sind: etwa Genehmigungen, die bei Behörden im Vorfeld eingeholt werden müssen, Personal, das beim Auf- und Abbau hilft, Reinigungskräfte, die nach dem Ereignis saubermachen. Wer schon einmal eine große Geburtstagsfeier oder eine Hochzeit ausgerichtet hat, weiß, wie zeitraubend allein die Suche nach den passenden Räumlichkeiten sein kann. Dementsprechend lassen sich die komplexen Aufgaben einer Eventagentur grob in die Bereiche der rechercheintensiven Veranstaltungsplanung und der organisatorisch aufwendigen Durchführungsphase einteilen.

Selbstverständlich bieten Eventagenturen ihren Service nicht zum Nulltarif an. Die Preise richten sich nach Art und Umfang der Leistungen und differieren daher stark. Um ein realistisches Angebot erstellen zu können, benötigt die Agentur genaue Informationen: Um welche Art von Veranstaltung handelt es sich (Familienfeier, Tagung, Messe ...)? Wie viele Gäste werden erwartet? Ist „Full Service“ gewünscht, oder möchte der Kunde einen Teil der Aufgaben selbst organisieren und erledigen? Letzteres hängt auch davon ab, wie viele zeitliche Ressourcen er zur Verfügung hat und in welchen Bereichen Erfahrungen vorliegen oder Kontakte genutzt werden können. Wie auch immer die genaue Verteilung der Aufgaben ausfällt: Wer sich professionelle Unterstützung sucht, bereitet den Boden für eine „runde“ Veranstaltung, die er selbst wie ein Gast genießen kann. ■



Kultur | Kongress | Zentrum
STADTHALLE
Mülheim an der Ruhr



ihre location für alle
EVENTualitäten

Ausgezeichnet als
„Besondere Tagungslocation“ 2014



Besichtigung gewünscht?
Telefon: 0208 / 940 960

Besuchen Sie uns
vorab online unter
[www.stadthalle-muelheim.de/
cms/aktuelles](http://www.stadthalle-muelheim.de/cms/aktuelles)

PERSONALIEN

Geburtstage im Juli und August

70 JAHRE

Dr. Volker vom Berg, Vorsitzender des IHK-Prüfungsausschusses „Geprüfte/r Technische/r Betriebswirt/in“, Essen

Dr. Michael Otté, Mitglied der IHK-Prüfungsausschüsse „Geprüfte/r Polier/in“, „Geprüfte/r Wirtschaftsfachwirt/in“, „Geprüfte/r Techn. Betriebswirt/in“ und „Geprüfte/r Fachkaufmann/frau für Einkauf und Logistik“, Velbert

65 JAHRE



Foto: privat

Wilhelm Franken, Geschäftsführender Gesellschafter der Franken-Apparatebau GmbH, Mitglied der Vollversammlung sowie im Industrieausschuss der IHK, Oberhausen

Axel Jaeger, Vorsitzender des IHK-Prüfungsausschusses „Anlagenmechaniker/in“, Essen

Ulrich Komander, Mitglied im Steuerausschuss der IHK, Essen

60 JAHRE



Foto: Schacht2, Essen

IHK-Ehrenpräsident Dirk Grünewald, Geschäftsführender Gesellschafter der Heinrich Grünewald GmbH & Co. KG, Bauunternehmung, Oberhausen. Dem IHK-Parlament gehört Dirk Grünewald

bereits seit 1982 an. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied der Wirtschaftsjunioren Essen und engagierte sich dort von 1983 bis 1990 als Vorstandsmitglied. Im März 1986 wählte ihn die IHK-Vollversammlung zum Vizepräsidenten und 1998 zum Präsidenten. Darüber hinaus brachte er sich im Berufsbildungsausschuss sowie im Industrieausschuss der IHK ein. Eine Herzensangelegenheit von Grünewald war das Thema Ausbildung: hier besonders das

jährliche Werben um mehr Ausbildungsplätze bei den Unternehmen. Zudem hat er sich für die Gründung der Hochschule Ruhr West in Mülheim an der Ruhr und Bottrop stark gemacht. Darüber hinaus standen wichtige Infrastrukturprojekte – wie u. a. der Lückenschluss der A52, der Bau des Ruhralleetunnels wie auch die Ertüchtigung des Flughafens Essen/Mülheim – auf seiner Agenda. Auch landesweit war Grünewald aktiv. So gehörte er von 2009 bis 2012 dem Vorstand der IHK NRW – der Landesvereinigung der IHKs – an und war somit auf Landesebene Ansprechpartner und Bindeglied zwischen Wirtschaft und Landespolitik.

Insgesamt stand Dirk Grünewald 15 Jahre an der Spitze der IHK. In Anerkennung seiner Verdienste um die regionale Wirtschaft wählte ihn die IHK-Vollversammlung 2014 zum Ehrenpräsidenten

Randolf Kaminski, Vorsitzender der IHK-Prüfungsausschüsse „Hotelfachmann/frau“ und „Fachmann/frau für Systemgastronomie“, Essen

Rüdiger Klahr, Vorsitzender des IHK-Prüfungsausschusses „Fachkraft für Veranstaltungstechnik“, Essen

Eggert Walter Wiese-aus dem Kahmen, Vorsitzender des IHK-Prüfungsausschusses „Verkäufer/in, Kaufmann/frau im Einzelhandel“, Essen

50 JAHRE

Klaus Bender, Vorsitzender des IHK-Prüfungsausschusses „Elektroniker/in für Betriebstechnik“ und Mitglied des IHK-Prüfungsausschusses „Mechatroniker/in“, Düsseldorf

Roland Berger, Mitglied der IHK-Prüfungsausschüsse „Geprüfte/r Industriemeister/in Elektro“ und „Elektroniker/in für Betriebstechnik“, Essen

Thomas Haut, Mitglied der IHK-Prüfungsausschüsse „Fachwirt/in im Sozial- und Gesundheitswesen“, „Touristikkaufmann/frau“ und „Tourismusfachwirt/in“, Essen

Ingeborg Kahlen-Frankowiak, Mitglied des IHK-Prüfungsausschusses „Kaufmann/frau und Servicefachkraft für Dialogmarketing“, Oberhausen

Udo Sommer, stellv. Vorsitzender des IHK-Prüfungsausschusses „Geprüfte/r Kraftwerksmeister/in“, Hamm

Klaus Winter, Mitglied der IHK-Prüfungsausschüsse „Fachwirt/in im Sozial- und Gesundheitswesen“, „Fachwirt/in für Prävention und Gesundheitsförderung“ und „Fachwirt/in im Gesundheits- und Sozialwesen“, Dinslaken

Firmenjubiläen

25 JAHRE

Blumen Heinen GmbH
Oberhausen, 1. August 2015

Elektro Hase GmbH
Oberhausen, 1. August 2015

ENDO-HAUS Das Bad – Die Heizung Bau- und Handelsgesellschaft mbH
Essen, 1. Juli 2015

Gerschermann GmbH
Essen, 26. Juli 2015

LE-Sachsen GmbH & Co. KG
Mülheim an der Ruhr, 2. Juli 2015

LE-Land Sachsen Verwaltungs-GmbH
Mülheim an der Ruhr, 2. Juli 2015

W.S.cert GmbH
Mülheim an der Ruhr, 22. August 2015

Maschinenpartner GmbH
Essen, 23. Juli 2015

MCR GmbH & Co. KG
Oberhausen, 30. Juli 2015

proust Wörter + Töne GmbH,
Essen, 24. August 2015
(ehem. Buchhandlung im Grillo-Theater GmbH)

Stefan Weber GmbH
Essen, 30. August 2015

50 JAHRE

C. A. Warren GmbH
Essen, 1. August 2015

Gustav Thiemann GmbH
Essen, 4. August 2015

Lenord, Bauer & Co. GmbH
Oberhausen, 1. Juli 2015

GREEN CITY Geformte Landschaft – Vernetzte Natur

Straßen, Wasserwege, Bahntrassen und Überlandleitungen gliedern und verbinden, trennen und zerschneiden. Sie sind die zentralen Gestaltungsmerkmale des Ruhrgebiets. Diese großen Schneisen prägen das Bild der Region und geben auch ganz aktuell Anlass zur Diskussion. Ist der Bau von Strommasten ein Indikator zur Energiewende oder Entstellung eines landschaftlichen Panoramas? Bedeutet eine direkte Autobahn-anbindung Mobilität und Modernität oder Lärm und Gefahr?

Die Ausstellung unter dem Titel GREEN CITY visualisiert die ungewöhnliche und komplex vernetzte Landschaft der Ruhr-Region durch den künstlerischen Blick. Die Themen Ökologie, Klima, Umweltschutz und Energie sind nicht nur gesellschaftspolitisch von Bedeutung, sondern spielen auch für zahlreiche Künstlerinnen und Künstler eine zentrale Rolle.

Die Ludwiggalerie stellt noch bis zum 13. September 2015 ein Spektrum dieser eigenwilligen künstlerischen Beschäftigung vor, sowohl mit Werken regionaler als auch internationaler Künstler. Es wird mit natürlichen wie mit Industriematerialien gearbeitet, gattungsübergreifend und experimentell. Auch der eigentlich unsichtbare elektrische Strom kann zum Kunstgegenstand werden!

www.ludwiggalerie.de



Foto: Sebastian Mölleken

Museum Folkwang Ab sofort Eintritt frei



Foto: Museum Folkwang, Jens Nöber

Oberbürgermeister Reinhard Paß, Dr. Tobia Bezzola, Direktor des Museum Folkwang, Prof. Dr. Ursula Gather, Vorsitzende des Kuratoriums der Alfred Krupp von Bohnen und Halbach-Stiftung, und Dr. Thomas Kemof, Mitglied im Vorstand der Alfred Krupp von Bohnen und Halbach-Stiftung, gaben die Fördermaßnahme bekannt.

Ab sofort ist der Eintritt in die ständige Sammlung des Museum Folkwang frei. Dies gilt ebenso für alle Ausstellungen der Fotografischen Sammlung, des Deutschen Plakat Museums und der Grafischen Sammlung.

Möglich wird dies durch die Förderung der Alfred Krupp von Bohnen und Halbach-Stiftung. Es ist das erste Mal in Deutschland, dass ein Kunstmuseum von der Größe und Bedeutung des Museum Folkwang seine Pforten kostenlos für Besucher öffnen kann. Auch für die Dauer der Maßnahme – fünf Jahre – gibt es bisher keinen Präzedenzfall. „Gemeinsam mit der Museumsleitung sind wir uns bewusst“, so Ursula Gather, Kuratoriumsvorsitzende der Stiftung, „dass dies ein großes, ein durchaus spannendes Experiment in der deutschen Museumslandschaft ist. Wir würden es als gelungen betrachten, wenn viele Menschen dieses wunderschöne Haus und seine Kunst besuchen würden, auch solche, die zuvor vielleicht noch nie ein Museum betreten haben.“

Die Familie und das Unternehmen Krupp waren dem Museum Folkwang seit dessen Gründung als Förderer eng verbunden. Den Höhepunkt dieser Verbundenheit markierte 2010 die Eröffnung des Museums-Neubaus, der von der Stiftung als alleiniger Förderer ermöglicht wurde. Die Krupp-Stiftung stellt für die nächsten fünf Jahre insgesamt 1 Mio. Euro zur Verfügung. Mit diesem Betrag werden die Einnahmen durch Eintrittskarten für die ständige Sammlung kompensiert. Lediglich für große Sonderausstellungen wird das Museum auch weiterhin einen Eintrittspreis erheben.

Verlagssonder-
veröffentlichung

47.876
Exemplare
Druckauflage
1. Quartal 2015

meo

DAS WIRTSCHAFTSMAGAZIN

FÜR MÜLHEIM AN DER RUHR, ESSEN UND OBERHAUSEN

Oktober 2015

Dienstleistung/Outsourcing



Foto: Monkey Business - Fotolia.com

Kunst/Kultur/Veranstaltungen



Foto: CandyBox Images - Fotolia.com

Anzeigenschluss ist am
14. September 2015

Wir informieren Sie gerne über die
Werbemöglichkeiten. Kontaktieren Sie uns!

Anzeigenservice meo

 **Aschendorff**
Media & Sales

Telefon (0251) 690 47 94

Telefax (0251) 690 804 801

E-Mail zeitschriften@aschendorff.de

meo
MARKTPLATZ

Branchenverzeichnis für
Angebote aus Industrie,
Handel und Gewerbe

Arbeitssicherheit

accedo[®] GmbH
Arbeitssicherheit - Arbeitsmedizin
Betriebliches Gesundheitsmanagement

Alles aus einer Hand!

Hängebank 4 • 45307 Essen
Tel. +49 201 2488694 • Fax +49 201 2488695
info@accedo-gmbh.de • www.accedo-gmbh.de

Büro- und Datentechnik

FAUST

MARKENBÜROMÖBEL
aus 2. Hand

Möbellager und Ausstellung:
Neustadtstraße 71
45476 Mülheim an der Ruhr

www.faust-gebrauchte-bueromoebel.de
Mobil 0171 499 75 75

Hilfsprojekte

Gemeinnütziges Hilfsprojekt (e.V.) sucht nicht
mehr genutzte Laptops u. a. für
Kinder, Schulen, Waisenhäuser,
mehr auf www.Labdoe.de,
Tel.: 02 08/59 35 15

Der Anzeigenschluss
für den Marktplatz der
September-Ausgabe ist
der 10. August 2015

Ihre Anzeige
im Marktplatz?

Anruf genügt:
(0251) 690 47 94

Werbung in der meo!

Sie haben Fragen rund um Ihre
Anzeige in der meo?



Ich berate Sie gerne!
Barbara Gaertling
Verkaufsberatung

Tel. 0251/690 46 74
Fax 0251/690 804 801
barbara.gaertling@aschendorff.de

„Ein Inserat in Gelbe Seiten
bietet Kontaktchancen,
die sich gewaschen haben.“

Doris Zumppe, Friseurmeisterin



Jetzt inserieren:

freecall 0800 0 126128

Sutter
Telefonbuchverlag
GmbH